Morgenausgabe

Nr. 277 / A 140 — 48. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 5,— M.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilage „Volk und Zeit". Ferner „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt", „Jugend-Vorwärts" u. „Stadtbeilage"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
17. Juni 1931

Groß-Berlin **10** Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Nonpareillezeile 80 Pf. Reklamezeile 5,— RM. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt lt. Tarif. Stellengesuche das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pf. Familienanzeigen Zeile 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Brüning lenkt ein — keine Krise!

Ein Anfangserfolg im Kampf um die Notverordnung!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer gestrigen Nachmittagssitzung das Ergebnis der inzwischen mit Brüning geführten Verhandlungen zur Kenntnis und setzte dann die Debatte fort.

Die endgültige Entscheidung rückte immer näher, als der Reichskanzler die Abgeordneten Wels und Breitscheid wissen ließ, daß er zu einer weiteren Konzession bereit sei. Er ließ erklären, daß er in naher Zeit über die „notwendigen Aenderungen" der Notverordnung verhandeln wolle und dann auch mit der Einberufung des Haushaltsausschusses einverstanden sei. In Anbetracht der Zusagen des Reichskanzlers sah sich die sozialdemokratische Fraktion im letzten Stadium der Verhandlungen vor eine neue Situation gestellt. Die große Mehrheit beschloß unter den obwaltenden Umständen, das Angebot der Reichsregierung anzunehmen und der Einberufung des Haushaltsausschusses nicht zuzustimmen.

Um 18¼ Uhr trat der Aeltestenrat wieder zusammen. In der Zwischenzeit hatten die Rechts- und Linksradikalen beschlossen, ihre Taktik vom Vormittag zu ändern und für die Einberufung des Haushaltsausschusses zu stimmen. Sie waren zu diesem Entschluß gekommen, nachdem der Staatssekretär der Reichskanzlei in der Mittagssitzung des Aeltestenrats ohne zwingenden Grund erklärt hatte, daß die Regierung auch für den Fall der Einberufung des Haushaltsausschusses zurücktreten werde. Unter Bezugnahme auf diese Erklärung stellte der Kommunist Torgler in der Sitzung des Aeltestenrats den Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses. Nicht, wie er erklärte, weil die Kommunisten die „Illusion" haben, daß in diesem Ausschuß an der Notverordnung irgend etwas geändert würde, sondern um auf diesem Wege den Sturz der Regierung zu erreichen. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten schlossen sich der Erklärung ihrer Wegbereiter an. Die Abstimmung ergab, daß nur die Links- und Rechtsradikalen für die Einberufung des Haushaltsausschusses waren. Alle anderen Fraktionen stimmten dagegen.

So hat die zugespitzte innen- und außenpolitische Lage Deutschlands im letzten Augenblick eine Entspannung erfahren. Jetzt liegt es bei der Regierung Brüning, ihr Wort schnellstens einzulösen.

•

Der am Dienstag von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem die Regierung sich zur alsbaldigen Aufnahme von Verhandlungen zur Aenderung der Notverordnung bereiterklärt hat, nimmt die sozialdemokratische Fraktion von der Einberufung des Haushaltsausschusses angesichts der bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftslage im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand."

Das Büro der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gibt zu dem Beschluß noch folgendes bekannt: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war am Dienstag den ganzen Tag über im Reichstag versammelt, um zu den Anträgen auf Einberufung des Reichstags Stellung zu nehmen. Zunächst wurde beschlossen, die Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstags zu verlangen, um dort die Möglichkeiten der Verbesserung der Notverordnung zu prüfen. Nach der ersten Sitzung des Aeltestenrats um 12 Uhr gab der Reichskanzler den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion Erklärungen zur Notverordnung ab, aus denen hervorging, daß die Reichsregierung bereit ist, bei den Ausführungsbestimmungen für die Milderung von Härten Sorge zu tragen. Von entscheidender Bedeutung für die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion war eine weitere Erklärung des Reichskanzlers, er sei bereit, unter der Voraussetzung, daß das finanzielle Gesamtergebnis nicht gefährdet werde, die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion fortzusetzen. Er sei auch gewillt, im gegebenen Zeitpunkt der Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstags zuzustimmen und an seinen Arbeiten mitzuwirken."

•

Der wirkliche Kampf mit wirksamen Mitteln gegen die unsozialen Härten der Notverordnung vom 5. Juni ist hier als Programm der Sozialdemokratischen Partei verkündet worden. Diesen Kampf hat die Reichstagsfraktion am gestrigen Tage mit Energie und Konsequenz geführt. Sie hat dabei einen Erfolg davongetragen.

Auch das ist hier schon gesagt worden: Nur gemeine Volksbetrüger können so tun, als könnten sie die Notlage, aus der die Notverordnung entstanden ist, und die harten Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben, durch irgendwelche Beschlüsse einfach wegpusten. Wir werden uns also wohl hüten, den Erfolg, den die Fraktion gestern errungen hat, als einen alles wendenden Sieg hinzustellen. Wir sind damit einverstanden, wenn man diesen Erfolg im Verhältnis zu dem Erstrebenswerten als recht bescheiden bezeichnet. Auf der anderen Seite muß aber doch gesagt werden, daß erstens das gestern Erreichte ein Optimum darstellt, wie es unter entsetzlich schwierigen Umständen eben noch erreicht werden konnte, und daß zweitens für weitere Kämpfe um die Verbesserung der Notverordnung eine günstige Ausgangsstellung gewonnen worden ist.

Der Fraktionsvorstand hatte am Montag beschlossen, die Einberufung des Haushaltsausschusses vorzuschlagen, und die Reichstagsfraktion hatte sich gestern mittag diesem Vorschlag angeschlossen. Indem sie die Einberufung des Reichstagsplenums abgelehnt hatte, hatte sie doch schon deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht auf Krach und Krise ausging, nicht auf Klamauk und Kladderadatsch, sondern daß sie einen praktischen Weg suchte, um praktische Verbesserungen der Notverordnung herbeizuführen.

Daß die Regierung sich zunächst weigerte, diese Brücke zu betreten, wurde von der Fraktion nicht verstanden und hat sie schwer verstimmt. Es machte geradezu den Eindruck, als ob die Regierung überhaupt keine Verständigung wolle, sondern den Konflikt und ihre eigene Demission. Dieses Bild hat sich jedoch im Laufe des gestrigen Tages stark verändert. Die Regierung zeigte sich zu sachlichen Zugeständnissen auf sozialpolitischem Gebiet geneigt, die nicht unbeträchtlich waren. Sie erklärte sich auch bereit, in einem nicht fernen Zeitpunkt an der Beratung der Notverordnung im Haushaltsausschuß mitzuwirken. Damit war der Verhandlungsweg geöffnet, war eine neue Sachlage eingetreten. Die Fraktion zog hieraus die Konsequenz, indem sie auf den sofortigen Zusammentritt des Ausschusses verzichtete.

Mit diesem Beschluß der Reichstagsfraktion war das Drama des gestrigen Tages eigentlich beendet. Es folgte nur noch das Satyrspiel der zweiten Sitzung des Aeltestenrats, in der sich Deutschnationale, Kommunisten und Nationalsozialisten plötzlich für die Einberufung des Haushaltsausschusses begeisterten. Mit schöner Offenheit erklärten sie, daß sie an eine Verbesserung der Notverordnung gar nicht dächten, sondern daß es ihnen nur darauf ankomme, den Sturz der Regierung Brüning herbeizuführen. Sie glaubten, die Mitwirkung der Sozialdemokratie an diesem Werke zwecks schnellster Herbeiführung der Faschistenherrschaft in Deutschland sei sicher. Wer beschreibt die Länge ihrer Gesichter, als sie sich auf einmal von der Sozialdemokratie verlassen fanden! Ja, die werden heute nicht schlecht über „Verrat" schimpfen! Als ob die Sozialdemokratie ihnen jemals versprochen hätte, sie in ihren Bürgerkriegsplänen zu unterstützen!

Die Sozialdemokratie hat mit dem schweren Verhandlungskampf des gestrigen Tages den Bürgerkriegspolitikern keinen Dienst, dem arbeitenden Volk jedoch einen desto besseren Dienst erwiesen. Man macht sich keiner Uebertreibung schuldig mit der Feststellung, daß Deutschland sich gestern am Rande einer Wirtschaftskatastrophe befand und daß die Lage auch jetzt noch in sehr hohem Maße kritisch bleibt. Die Reichsbank mußte gestern und vorgestern erneut 130 Millionen Devisen beschaffen. So stark blieben während dieser Tage trotz der Diskonterhöhung die ausländischen Kreditkündigungen. Rund 1 Milliarde Mark Devisen hat die Reichsbank seit dem 1. Juni verloren. Die Reichsbank steht nahe an der Grenze, wo sie keine Kredite, auch nicht zur Devisenbeschaffung, mehr gewähren darf, denn die gesetzliche Mindestdeckung des Notenumlaufs ist durch die Devisen- und Goldverluste nahezu erreicht. Daraus wäre zwar auch jetzt noch keine Gefahr für die Währung entstanden, aber die Reichsbank hätte sehr bald zu der sogenannten Kreditrestriktion schreiten müssen, die wahrscheinlich die Banken in alleräußerste Verlegenheiten gebracht, mit Sicherheit aber gerade die noch arbeitenden Unternehmungen vielfach zur Stillegung und zu massenhaften Arbeiterentlassungen gezwungen hätte. Diese Gefahren sind keineswegs schon voll beschworen, aber die gestern erfolgte Lösung der politischen Krise kann der entscheidende Anfang zur Wiederherstellung des ausländischen Vertrauens und damit zur Abwendung der Katastrophengefahren sein.

Das war aber noch nicht alles. Das Reich selbst stand bei Fortdauer der politischen Krise und der ausländischen Kreditkündigungen, nachdem Reichsbank und Banken fast ausgepumpt waren, vor der Tatsache, am 19. nicht die Gelder für die vollen Länderüberweisungen und am 25. nicht die Gelder für die vollen Gehaltszahlungen zu erhalten. Bei zahlreichen Städten und Gemeinden mußte die drohende absolute Kreditnot und unübersehbare Geldteuerung zur Zahlungseinstellung für die Wohlfahrtserwerbslosen führen.

Obwohl die Lage so furchtbar war und obwohl die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Furchtbarkeit dieser Lage restlos kannte, hat sie sich von keinem Ultimatum einschüchtern lassen und für das arbeitende Volk um die Verbesserung der Notverordnung gekämpft. Sie hat bei diesem Kampf Erfolge errungen und dem Willen der Arbeiterschaft Beachtung erzwungen; die Katastrophen- und Bürgerkriegspolitiker haben ihr Ziel nicht erreicht. Diese Erfolge sind Anfangserfolge. Diese Anfangserfolge müssen durch neue zähe Kämpfe in baldiger Zukunft ausgebaut werden.

Beschluß der Funktionäre.

Appell an die klassenbewußte, disziplinierte Arbeiterschaft.

Am Schluß der gestrigen Berliner Funktionärversammlung wurde nach einem Referat Aufhäusers, über das wir an anderer Stelle berichten, folgende Resolution mit sehr starker Mehrheit angenommen:

Die Funktionärversammlung der Sozialdemokratie Groß-Berlin sieht in der Notverordnung vom 5. Juni einen unerhörten Angriff auf die Lebenshaltung aller Schichten des arbeitenden Volkes. Einer völlig einseitigen steuerlichen Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Verbraucher stehen der brutale Abbau der Erwerbslosenunterstützung, der Kriegsbeschädigtenrenten, der Beamtengehälter und der Wohlfahrtspflege gegenüber, lediglich die hohen Pensionen bleiben geschont. Der Lohnabbau der Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben wird durch Eingriff in die Tarifverträge erzwungen, das Arbeitsrecht durch Einführung einer Arbeitsdienstpflicht aufgehoben. Die schlimmste Häufung sozialer Härten und Ungerechtigkeiten ist in dieser Notverordnung verbunden mit Subventionen und Liebesgaben an Industrie und Landwirtschaft.

Die Notverordnung bringt keine Sanierung der Gemeinden und der Sozialversicherung, sie bringt vielmehr eine allgemeine weitgehende Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen; sie verschärft damit die Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Sozial- und Kriegsrentner müssen von der Sozialdemokratie gegen die verhängnisvollen Wirkungen der Notverordnung geschützt werden.

Die Berliner Funktionäre verlangen deshalb von der Reichstagsfraktion, daß sie noch vor dem Inkrafttreten eine wesentliche Aenderung der Notverordnung erkämpft.

In diesem Kampf um Recht und Schutz der werktätigen Massen muß die Partei parlamentarisch wie außerparlamentarisch alle Maßnahmen treffen, insbesondere auch die rechtzeitige Einschaltung des Reichstags verlangen.

Die Funktionäre appellieren an die klassenbewußte, disziplinierte Arbeiterschaft in dieser ernsten, gespannten politischen Lage geschlossen zur Sozialdemokratie zu stehen, um die Pläne der Reaktion, vor allem die Zerschlagung der Sozialversicherung und des Tarifrechts mit vereinten Kräften abzuwehren.

Geschlossener Kampfeswille! Organisierte Kraft!

Aufhäuser spricht vor den Berliner Funktionären.

Die außerordentlich stark besuchte Funktionärversammlung der Berliner Sozialdemokratie im großen Saal des Saalbau Friedrichshain eröffnete Genosse Franz Künstler gestern abend mit einem kurzen und eindringlichen Hinweis auf den Ernst der politischen Lage.

Sodann ergriff Genosse

Siegfried Aufhäuser

das Wort zu seinem Referat „Sozialdemokratie und Notverordnung". Er führte aus:

Die Notverordnung der Regierung Brüning hat zu einem leidenschaftlichen Protest der Arbeiterschaft geführt. Die Sozialdemokratie muß der Willensvollstrecker dieser ungeheuren berechtigten Erregung sein. Der Kampf gegen die Notverordnung aber wird sich in kurzer Zeit zum Ringen gegen die Staatsstreichgelüste auswachsen. Als Referent habe ich die Pflicht, den Funktionären das Ausmaß der Kraftanstrengung, die nötig ist, aufzuzeigen.

Bei aller Kritik und allem Protest kann nicht verschwiegen werden, daß die Kämpfe schwer und opferreich sein werden. Wir müssen uns bewußt sein, daß wirtschafts-, sozial- und finanzpolitisch die Lage ernst ist. Das zeigt schon der Fehlbetrag im Etat, der 2,4 Milliarden beträgt. Das zeigt die Existenz von Millionen Erwerbslosen. Die Notverordnung aber bringt keine Sanierung, sondern muß aufpeitschen, weil sie eine einseitige Belastung ist. Die Bürokratie hat sie benutzt,

die soziale Reaktion durchzuführen

und die Errungenschaften der Republik zu beseitigen.

Die Regierung Brüning sagt: Die Grenze dessen, was wir unserem Volk an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht. Wir sagen, sie ist weit überschritten. Sozialpolitisch ist sie gekennzeichnet durch eine Herabsetzung der Bezüge der Erwerbslosen, die keine Grenzen kennt. Den Gipfel stellt die Behandlung der Jugendlichen dar. Die Jugendlichen müssen durch das Verhalten der Regierung dem Radikalismus in die Arme getrieben werden. Die Einzelbestimmungen sind von einer Härte, die einfach unerträglich ist. Dem kleinen Beamten nimmt man die Kinderzulage, die hohen Pensionen bleiben bestehen, weil es sich hier um „wohlerworbene Rechte" handelt. Der Reichsarbeitsminister will die Großpensionäre zu einem Verzicht auffordern, indem er ihnen einen Brief schickt. Vielleicht hätte er gut getan, Rückporto beizulegen, da er sonst wohl keine Antwort bekäme. (Entrüstete Zustimmung.) Die Notlage der Kommunen wird durch die Notverordnung nicht behoben. Im Gegenteil, die Etats der Gemeinden stehen unter erhöhtem Druck. Man hat die Kommunen ermächtigt, unter Bruch des Tarifvertrages Angestellte und Arbeiter niedriger zu entlohnen.

Das bedeutet einen Eingriff in das gesamte Tarifrecht. (Sehr richtig!) Anderthalb Millionen Beamte, eineinviertel Millionen Angestellte und Arbeiter sind hierdurch besonders betroffen.

Die Maßnahme führt zu verminderter Kaufkraft und ist ein Anreiz für den Lohnabbau im Privatbetrieb.

Die Notverordnung richtet sich ferner keineswegs nach der Leistungsfähigkeit. Während ein Arbeiter bei 2000 M. Jahreseinkommen 20 M. Krisensteuer bezahlen muß, ist hierzu der Landwirt erst bei 8000 M. gezwungen. Die Aufhebung der Lohnsteuerrückerstattung kommt hinzu. Die Zuckersteuer ist verdoppelt ohne Herabsetzung des Höchstpreises. Der Besitz, vor allem der Hausbesitz, erhält Steuerbegünstigungen. Die vorgesehene

Arbeitsdienstpflicht hebt das Arbeitsrecht auf

und vermehrt die Erwerbslosigkeit.

Unerhört sind demgegenüber die Subventionen. Diese Notverordnung schafft keinen Ausgleich, sondern Erbitterung. Es genügt keine Aenderung schlechtweg, sondern eine beschleunigte grundlegende Veränderung tut not, oder es müssen die politischen Konsequenzen gezogen werden. (Lebh. Zustimmung.) Nachträglich ist es schwer, Aenderungen durchzusetzen. Vielleicht hätte man gut getan, vorher Energie zu zeigen. Die Berliner Abgeordneten verlangten vor dem Leipziger Parteitag, daß die Grenzen des Tolerierungswillens aufgezeigt wurden. Auf dem Parteitag stand leider die Disziplindebatte im Vordergrund. Die Zeit ist zu schwer, um die Schuldfrage zu prüfen. Aber die Berliner Abgeordneten hatten zum Leitstern in jeder taktischen Situation die richtige Kampfmethode zu wählen. In der Partei heißt es leider: Koalition um jeden Preis oder Koalition um keinen Preis. Es heißt Tolerierung um jeden Preis oder Tolerierung um keinen Preis. Auf dem Parteitag wurde deshalb abwechselnd für oder gegen gesprochen. Man braucht aber nicht ständiger Ja-Sager oder ständiger Nein-Sager zu sein. Dazu ist die Situation zu ernst. (Sehr richtig!)

Unsere geschichtliche Mission ist, die Arbeiterinteressen täglich wirksam zu vertreten.

Es darf in der Partei nicht nur zwei anerkannte Parteikirchen geben, es muß auch Raum für die Dissidenten sein. (Heitere Zustimmung.) Wir Berliner hatten in Leipzig weder einen Parteikirchenvertrag mit Wels noch ein Konkordat mit Rosenfeld. Wer sich freilich so hält, wie wir, läuft leicht Gefahr, in Acht und Bann getan zu werden. Trotzdem: Man kann sich von Allheilmethoden unabhängig halten und doch gesund bleiben. Glauben wir auch heute nicht, daß wir uns aus einer starren Resolution gesundbeten können. Seien wir Berliner vorsichtig. Die mechanische Einstellung für oder gegen Brüning reicht nicht aus. Aber wir lehnen es ab, aus staatspolitischen Erwägungen die Arbeiter unseretwegen Opfer bringen zu lassen.

Ebenso verabscheuen wir eine Katastrophenpolitik, bei der der Arbeiter unter den Trümmern liegt. Unsere Aufgabe ist es, gegen die Notverordnung zu kämpfen und hierzu die nächste Gelegenheit zu benutzen.

Die Redensart, es könne nicht schlimmer kommen, ist nutzlos. Nein, soweit unsere Kraft reicht, müssen wir der weiteren Verelendung steuern. Wir fürchten nichts, und die Taktik der Verzweiflung scheint uns nicht revolutionär. Revolutionär ist, die Nerven zu behalten und besonnene Kraft zu entfalten. Die Einberufung des Reichstages hätte bei seiner Zusammensetzung eine Mehrheit zur Aufhebung der Notverordnung, nicht aber zur Sanierung gegeben. Das Kabinett Brüning wäre zurückgetreten. Das Direktorium der Industrie hätte vor der Tür gestanden.

Wir wären im Reichstag ohne Bundesgenossen gewesen.

Auch das Wetterleuchten am Geldmarkt muß von uns beachtet werden und wir müssen wissen, daß soziale Hilfe nicht im luftleeren Raum geleistet werden kann. In einem Reichstag, der der Tummelplatz der Radikalen ist, war das Notwendige nicht zu erreichen. Unsere Fraktion stand vielleicht vor einer der allerschwersten Entscheidungen. Unser Ziel mußte sein eine Aenderung der Notverordnung vor dem 1. Juli, d. h. vor ihrem Inkrafttreten, zu erreichen. Brüning zeigt sich stur, er mißbrauchte die Tolerierung, er stand verständnislos den Dingen gegenüber. Stundenlang hat die Fraktion beraten, endlich gab Brüning in einigem nach.

Die Jugendlichen sollten die Krisenunterstützung nach Prüfung der Bedürftigkeit erhalten. Die Gemeindearbeiter sollten vor doppelter Belastung geschützt werden.

Schließlich erklärte sich Brüning bereit, über eine alsbaldige Einberufung des Haushaltsausschusses in Verhandlungen mit der Sozialdemokratie einzutreten. Die Mehrheit der Fraktion erklärte sich angesichts der überaus schweren Lage mit dem Vorschlag Brünings einverstanden, während uns Berlinern die Konzessionen nicht genügten.

Gegenüber Zwischenrufern sagte Aufhäuser: „Es ist Pflicht und Stolz eines Sozialdemokraten, seinen Genossen keine Phantasien, sondern die Wahrheit zu sagen. Verkleinern Sie die Schwierigkeiten nicht, wir stehen am Vorabend unabsehbarer Kämpfe, aber die Blicke der Arbeiterschaft müssen sich auf die Sozialdemokratie richten.

Entweder gewinnt die Arbeiterklasse unter ihrer Führung, oder sie verliert. Geschlossener Kampfeswille muß von uns ausgehen. Keine Verzweiflung, sondern Kampf, keine wilde Rebellion, sondern organisierte Kraft, keine innere Parteizersetzung, sondern Einigkeit im Augenblick der Gefahr." (Anhaltender Beifall.)

Ueber die Diskussion wird im „Abend" berichtet werden.

Severing spricht.

Ueberfüllte sozialdemokratische Versammlung in Friedenau.

In der überfüllten Aula der Rheingau-Schule sprach Genosse Karl Severing in einer Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei. Das Thema des Abends lautete eigentlich: Der Kampf um Preußen. Aber Genosse Severing betonte, daß die Ereignisse des Tages den Kampf um Preußen etwas in den Hintergrund gedrängt hätten.

„Man wird es nicht ohne weiteres verständlich finden, wenn ich den Wunsch äußere, daß der Reichstag vorläufig nicht zusammentritt. Wenn ich als Sozialdemokrat die Volksvertretungen ausschalte, **so hat diese Volksvertretung selbst schuld daran.** Hätte der Reichstag gezeigt, daß er arbeitswillig ist, dann könnte man ihn gar nicht oft genug versammeln. Er hat jedoch durch große Parteien zum Ausdruck gebracht, **daß er für die Nöte des Volkes kein Verständnis hat.** So muß eben nach anderen Möglichkeiten gesucht werden, um diesen Nöten abzuhelfen. Mit der neuen Notverordnung ist niemand und wahrscheinlich auch Herr Brüning selbst nicht in allen Einzelheiten einverstanden. Es kann niemand die Zustimmung bei allen Volksgenossen finden, wenn es gilt, ein großes Defizit im Haushalt zu decken. Aber es hat keinen Zweck, jetzt jemandem Vorwürfe zu machen. Das Defizit besteht und muß zum größten Teil durch eigene Kraft beglichen werden, wenn wir auf Herabsetzung der Kontributionen seitens der Interalliierten rechnen wollen. Wir Sozialdemokraten haben erhebliche Bedenken gegen verschiedene Bestimmungen geäußert, vor allem gegen Härten auf sozialpolitischem Gebiet. Aber wir waren nicht der Meinung, daß in einer Vollversammlung des Reichstages der Notverordnung die Giftzähne auszubrechen seien. **Es hätte mit der Sozialdemokratie eine breite Basis zur Beseitigung der Notverordnung ergeben.** Aber es hätte sich keine Mehrheit gefunden, um an Stelle der Notverordnung neue Steuerquellen zu erschließen und die notwendigen Ausgaben zu decken. Es bestand noch die Möglichkeit, durch Einberufung des Haushaltsausschusses die Volksvertretung zu befragen. Nach den Besprechungen heute nachmittag

hat Brüning jedoch erklärt, daß er mit den verantwortungsbewußten Parteien die notwendige Revision der Notverordnung vornehmen will."

Auf einen Zwischenruf, daß wir im Winter noch mehr Arbeitslose haben würden, antwortete Severing: „Eben um das zu verhindern, mußte sofort etwas geschehen. Denn welche Folgen hätte eine Ablehnung durch die Sozialdemokratie gehabt? Wir hätten die Regierung nicht bilden können. Und Hugenberg und Hitler können die Finanzen auch nicht mit dem Zauberstab in Ordnung bringen. **Das Ausland hätte bestimmt einer nationalsozialistisch-deutschnationalen Regierung keine Erleichterung gewährt.** Jeder weitere Entzug von Millionen aus der deutschen Wirtschaft durch Kapitalflucht oder Kündigung von Auslandskrediten würde die wirtschaftliche Lage noch verschlimmern. Die Gemeinden würden keine Gelder mehr für die Wohlfahrtserwerbslosen zur Verfügung haben. Der Reichstag ist heute ausgeschaltet. Wenn er aber wieder funktionieren sollte, dann gehört zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung die Mitarbeit des Reichsrates. Dessen Mitglieder werden von ihren Länderregierungen instruiert. Wenn Hugenberg und Hitler das Reich haben wollen, dann müssen sie auch Preußen haben, um damit im Reichsrat Einfluß zu gewinnen. Preußen hat auch die beste Polizei und den festgefügtesten Beamtenapparat und deswegen der Kampf um Preußen.

Dieser Kampf gibt uns aber auch Gelegenheit, darauf hinzuweisen, was in den letzten zwölf Jahren geleistet worden ist.

Mit der Mitwirkung des Volkes an Gesetzgebung und Regierung wird es vorbei sein, wenn es der Reaktion gelingt, Preußen in Besitz zu nehmen. Die Zeit bis zu den Preußenwahlen gilt es zu nutzen, um alle zu überzeugen, daß man Preußen nicht den Krisenmachern überlassen darf, und zu arbeiten, daß die Wahlen ein Siegestag der Demokratie und der Republik sein werden."

Nicht endenwollender Beifall schloß sich an die oft von Zustimmungskundgebungen unterbrochene Rede an. Im Vestibül der Schule waren mehrere hundert Personen versammelt, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten. Hier sprach Genosse Dr. Otto Friedländer über den politischen Sinn des Kampfes um Preußen. Auf der Straße wurde Genosse Severing nochmals mit brausendem Jubel von den Massen begrüßt.

Regierungskrise in Deutschösterreich

Wegen der Haftung für die Anleihe

Wien, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Die Bundesregierung ist zurückgetreten. Die Verhandlungen zur Neubildung der Regierung werden am Mittwoch beginnen.

Dem Rücktritt des Gesamtkabinetts ging die Demission des Innenministers, des Landbündlers Winkler, voraus. Winkler begründete seinen Rücktritt damit, daß der Finanzminister gegenüber den ausländischen Kreditgebern eine Haftung für 80 Millionen Dollar übernommen habe.

Zur Sanierung der größten Industriebank des Landes, der Oesterreichischen Kreditanstalt, vor allem zur Sicherung der Spareinlagen und Industriedarlehen hatte der Nationalrat durch ein Gesetz der Bundesregierung 150 Millionen Schilling bewilligt. Noch weniger als andere Länder ist Deutschösterreich in der Lage, unvorhergesehene Ausgaben von auch nur annähernd solcher Höhe aus eigener Kraft zu tragen. Ueberdies sind die finanziellen Folgen des Riesenbankrotts durch die Sanierungsaktion noch lange nicht überwunden. Wieder einmal mußte man um eine Anleihe betteln gehen, die durch Vermittlung der Bank für internationale Zahlungen in Basel aufgebracht wird.

Die Uebernahme einer Garantie durch den Staat für 80 Millionen Dollar, das sind 560 Millionen Schilling oder 336 Millionen Mark, übersteigt weitaus die Leistungsfähigkeit Deutschösterreichs und legt ihm eine Verpflichtung auf, die es niemals erfüllen könnte.

Wenn der Landbund die Verantwortung dafür nicht übernehmen will, so kann man das nicht mißbilligen. Er hat seinen Vertreter aus der Regierung abberufen, und da die Bundesregierung ohne die Stimmen des Landbundes nicht mehr die Mehrheit im Nationalrat hat, ist sie zurückgetreten. Dabei werden wohl auch die inneren Schwierigkeiten der Regierungskoalition mitgewirkt haben, die sich der Annahme des Sparprogramms entgegenstellen; besonders leisten die Großdeutschen der Beamtengehaltskürzung stärksten Widerstand. Da eine Koalition der Christlichsozialen und Sozialdemokraten höchstwahrscheinlich als vollkommen ausgeschlossen gelten muß, bliebe nur die Bildung einer bürgerlichen Minderheitsregierung übrig, die sich ihre Mehrheit jedesmal zusammensuchen müßte und sie für die Uebernahme einer so enormen Haftung wohl überhaupt nicht finden wird.

Der Zweck der Haftung.

Wien, 16. Juni.

Im Hauptausschuß des Nationalrats teilte Finanzminister Dr. Juch mit, daß der Bund die Haftung für folgende, der Kreditanstalt gewährte Darlehen übernommen hat: 50 Millionen Schilling, welche die österreichischen Sparkasseninstitute der Kreditanstalt als neue Einlagen zur Verfügung zu stellen sich verpflichtet haben, ferner für alle Forderungen, die der Nationalbank aus allen Krediten erwachsen, die sie nach den 30. Mai 1931 bis zu einem Höchstbetrage von 120 Millionen Schilling der Kreditanstalt in irgendeiner Form gewährt hat. Von dieser Haftung sei jedoch bisher nur der Teilbetrag von 69 230 000 Schilling durch Eskomptekredite bei der Nationalbank in Anspruch genommen worden. Ferner wurden Vereinbarungen mit den österreichischen Sparkassen getroffen, wonach der Finanzminister für die am 1. Juni bereits bestandenen Guthaben der Sparkassen bei der Kreditanstalt Zusicherungen gab, welche später zu einer Haftungsübernahme führen können. Schließlich teilte der Finanzminister mit, daß heute ein

Uebereinkommen mit dem ausländischen Gläubigerkomitee getroffen

wurde, wonach rund 71 Millionen Dollar ausländischer Verpflichtungen der Kreditanstalt für zwei Jahre unter den bisherigen Kreditbedingungen gegen Uebernahme der Haftung durch den Bund unkündbar gestellt werden. Damit sei eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Fortführung der Geschäfte der Kreditanstalt und ihrer Rekonstruktion geschaffen. — Nach längerer Debatte gelangte der Hauptausschuß zu der einhelligen Auffassung, daß die in Demission befindliche oder eine einstweilige Regierung keine weiteren Haftungen ohne vorherige Befragung des Hauptausschusses übernehmen darf.

Marschall Tschiangkaischek hat sich vom Kongreß der Kuomintangpartei als Staatspräsident und Oberbefehlshaber von China bestätigen lassen. Die chinesische Regierung soll die Aufhebung der Exterritorialität der Ausländer weiterbetreiben. Deutschland und einige andere Staaten haben auf dieses Vorrecht längst verzichtet.

Personenzug abgestürzt.

Schweres Eisenbahnunglück im Rheinland.

Köln, 16. Juni.

Die Lokomotive und vier bis sechs Wagen eines Personenzuges der Strecke Düren—Heimbach stürzten Dienstagabend kurz vor 11 Uhr unmittelbar hinter dem Dürener Hauptbahnhof eine Ueberführung hinunter. Nähere Mitteilungen über das Unglück liegen noch nicht vor; insbesondere ist im Augenblick auch noch nicht bekannt, ob Personen dabei zu Schaden gekommen oder getötet worden sind.

Verordnung gegen die Jugend.

Forderungen der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Die Notverordnung vom 5. Juni bringt neben ihren vielen anderen sozialen Härten und Ungerechtigkeiten auch eine unerträgliche Entrechtung der arbeitslosen Jugend. Nach den Bestimmungen der Notverordnung sollen in Zukunft alle erwerbslosen Jugendlichen unter 21 Jahren vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sein. Sie erhalten Unterstützung nur, wenn ihr Unterhalt nicht in anderer Weise sichergestellt ist. Diese Bestimmung liefert Hunderttausende junger Arbeitsloser der bittersten Not aus, und die Reichsregierung konnte keinen sicheren Weg zur völligen Radikalisierung der Jugend finden als diese Ausnahmebestimmung gegen die arbeitslose Jugend.

An Stelle der Unterstützung bringt die Notverordnung der arbeitslosen Jugend den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst. Nachdem sich die Einführung der Arbeitsdienstpflicht als unmöglich herausgestellt hat, schafft die Notverordnung mit ihren Bestimmungen über den „freiwilligen Arbeitsdienst" allen Befürwortern der Arbeitsdienstpflicht die Möglichkeit, arbeitslose Jugendliche unter unwürdigen Arbeitsbedingungen zu politischen und wirtschaftlichen Zwecken zusammenzufassen, die den Interessen der Arbeiterschaft zuwiderlaufen, ohne daß der Not der arbeitslosen Jugend auch nur im geringsten abgeholfen wird.

Der Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands hat an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das dringende Ersuchen gerichtet, in ihrem Kampf um die Notverordnung mit aller Energie auch auf die Aufhebung dieser die arbeitende Jugend betreffenden Bestimmungen hinzuwirken.

Landgemeinden und Notverordnung.

Der Gesamtvorstand des Preußischen Landgemeindetages West tritt am 26. dieses Monats zu einer Sitzung in Bad Neuenahr zusammen. Neben der Beratung der Auswirkungen der beiden ersten Notverordnungen, insbesondere der Bürgersteuer, bilden Hauptgegenstand der Verhandlungen die neue Notverordnung vom 5. Juni 1931, sowie das Problem des Volksschullastenausgleichs.

Paulchen, der Seelentrost.

Geschmackvolle Werbemethoden der Nazis.

Wilmersdorfer Einwohner erhielten dieser Tage ein Papier durch den Türschlitz geworfen, das das Aussehen eines Telegrammformulars mit genau nachgeahmtem amtlichen Aufdruck hatte. Entfalteten sie dann das vermeintliche Telegramm, so lasen sie in Maschinenschrift folgenden Text:

Lieber Freund!

Durch Paul Schulz erfahre ich soeben, daß du wegen deiner wirtschaftlichen Not deinem Leben ein Ende machen willst. Deshalb höre vorher auf das letzte Wort deines Freundes. Du weißt doch, daß ich Nationalsozialist bin und trotz meiner Not an die Zukunft des schaffenden Volkes fest glaube usw. usw. (Es folgt dann eine phrasenreiche Aufforderung, anstatt Selbstmord zu begehen, lieber der NSDAP. beizutreten. Red.)

Mit Paul Schulz ist natürlich der ehemalige Femehäuptling der Schwarzen Reichswehr und jetzige Osaf von Berlin gemeint, den Klapproth und die übrigen Gesellen der Mordkumpanei kurzerhand als ihr „Paulchen" bezeichneten. Paulchen ist anscheinend der Meinung, daß nach den vielen Toten, die seinerzeit von seinen Rollkommandos bei der Schwarzen Reichswehr abgekillt wurden, er jetzt zum Ausgleich verpflichtet sei, Todeskandidaten am Leben zu erhalten! Aber so verständlich diese Regung bei dem Osaf Paul Schulz ist, — geschmacklos bleibt diese Reklame trotzdem!

Absage an Hermes.

Konflikt zwischen den Bauernvereinen.

Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine hat nach einer Meldung der „Deutschen Bauernkorrespondenz" den Verkehr mit dem Schleswig-Holsteinischen Bauernverein infolge fortgesetzt illoyalen Verhaltens seiner Geschäftsführung gegenüber der Vereinigung abgebrochen.

Die Hintergründe dieses Konflikts sind darin zu suchen, daß die im Schleswig-Holsteinischen Bauernverein organisierten Landwirte die ruinöse Bauernpolitik nicht mehr mitmachen wollen, während die unter Hermes' Führung stehende Vereinigung der Deutschen Bauernvereine gegen Schieles Agrarpolitik nicht aufzumucken wagt.

Aerztekammerwahl und § 218.

Schwere Niederlage der Dunkelmänner.

Stuttgart, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Die Wahlen zur württembergischen Aerztekammer ergaben im Bezirk Stuttgart einen Erdrutsch, der in unmittelbarem Zusammenhang mit den im Anschluß an die Vorgänge bei der Anklageerhebung gegen die Aerzte Dr. Friedrich Wolff und Frau Dr. Jakubowitz-Kienle erfolgten öffentlichen Erörterungen steht. Von den bisherigen 6 Vertretern des Wahlbezirksvereins erhielten nur 2 eine zur Wiederwahl ausreichende Stimmenzahl, der Orthopäde Dr. Lehr und Dr. Durst-Obertürkheim. Mit überwältigender Mehrheit aus der Kammer herausgewählt wurde Sanitätsrat Dr. Neuhöfer, der die erste Anzeige gegen Frau Dr. Kienle erstattete und seiner Gesinnung nach deutschnational und antisemitisch ist.

Popularität.

Goebbels: „Mit Hanne Sobeck kann ich nicht konkurrieren. Ich hätte doch lieber Fußballer werden sollen."

Neuer Vorstoß Franklin-Bouillons

Laval deckt Briand gegen die Rechte und siegt — gegen die Linke.

Paris, 16. Juni (Eigenbericht).

Am Dienstagnachmittag wurde in der Kammer von dem Ministerpräsidenten und im Senat von dem Justizminister die Botschaft des Präsidenten Doumer an das Parlament verlesen.

In der Botschaft, die in der Kammer an einigen Stellen von dem Beifall der Rechten und der Mitte unterbrochen wurde, betont Doumer, daß er mit dem Parlament an der Aufrechterhaltung und Vervollkommnung der demokratischen Einrichtungen und besonders des freien Schulunterrichts arbeiten werde, der es allen befähigten Kindern ohne Ausnahme ermöglichen solle, die Stufen der sozialen Leiter zu ersteigen. In bezug auf die Außenpolitik sei zur Lösung aller Streitfragen, die zwischen den Staaten auftauchen, ein Wille zur Einigkeit, Offenheit und Aufrichtigkeit notwendig. Frankreich verurteile die Geheimdiplomatie und trete für die offene Politik des Völkerbundes ein. Das sei das sicherste Mittel, um sich der Drohungen der zerstörenden Kräfte zu widersetzen und die Erschütterung der alten Zivilisation zu verhindern. Die wichtigste Aufgabe der Völker sei die Aufrechterhaltung und die Organisation des Friedens. Dieser Aufgabe habe Frankreich an erster Stelle zugestimmt. Sie lasse sich vollkommen in Einklang mit der Verpflichtung bringen, mit eigenen Mitteln das Leben des Landes, seine Sicherheit und seine Unabhängigkeit zu schützen.

Während sich der Senat nach Annahme einiger Gesetzentwürfe auf Donnerstag vertagte, beschloß die Kammer, in die sofortige Besprechung der

gegen das Verbleiben Briands

im Außenministerium gerichteten Interpellation Franklin-Bouillons einzutreten. Franklin-Bouillon erklärte, die Zweideutigkeit der Politik des Kabinetts und der Regierungsmehrheit habe sich seit seiner letzten Interpellation noch verschlimmert. Die große Mehrheit der Kammer sei für Laval, aber gegen Briand, dessen Politik nur zu Mißerfolgen geführt habe. Mit dieser Zweideutigkeit, die für die Mehrheit ein wahrer Gewissenskonflikt sei, müsse endlich einmal Schluß gemacht werden. Kaum zehn Abgeordnete gebe es in der Kammer, die mit der Außenpolitik Briands zufrieden seien. (Proteste links.) Man müsse also einmal den Mut haben, dies offen zu sagen. Das einzige aufrichtige Votum sei das von Versailles gewesen. **Mehrere Minister hätten ihn und seine Freunde vor der Nationalversammlung aufgefordert, so zu stimmen, wie sie es auch getan haben.**

Auf die stürmischen Zwischenrufe einiger Sozialisten und Radikalen, wer diese Minister seien, antwortete Franklin-Bouillon unter großem Beifall der Linken und heftigen Protesten der Rechten, die Minister Flandin, Tardieu und Maginot. Im übrigen, so erklärte er, hätte auch die Mehrheit des Kabinetts für Doumer gestimmt.

Der Redner kam dann wieder auf das eigentliche Thema zurück. Er versuchte mit denselben Argumenten, wie er es schon in früheren Reden getan hatte, zu beweisen, daß die Politik Briands nicht zum Frieden, sondern zum Kriege führe, da die deutschen Nationalisten durch die nachgiebige Haltung Frankreichs in ihren kriegerischen Absichten ermutigt würden. Wenn das französische Volk dies noch nicht eingesehen habe, so sei daran die „bezahlte und dekorierte Presse" schuld, die die Politik Briands rühme und ihren Lesern die Mißerfolge dieser Politik verheimliche. Sogar Mitglieder der Regierung seien von dieser Schwärmerei für Briand erfaßt. Sie erklärten ihm, dem Redner, oft, er habe recht, aber sie könnten nicht gegen Briand stimmen. Zusammenfassend stellte der Interpellant fest, daß das Parlament seit drei Jahren immer erst hinterher über außenpolitische Vorgänge unterrichtet worden sei, und dann auch nur in vollkommen entstellter Form. Er frage die Mehrheit, ob dieser Zustand weiter andauern solle. Seit 4 Jahren gebe es eine nationale Mehrheit in der Kammer, aber selbst ihre Führer hätten mit allem, was sie getan haben, es nicht fertig gebracht, sie zu zertrümmern.

Im Anschluß an die Ausführungen Franklin-Bouillons wies der Abgeordnete Borel (Unabh. Linke) vom Standpunkt der Opposition aus auf die zweideutige Haltung der Regierungsmehrheit hin. Ein Mitglied der Regierungsmehrheit, der Linksrepublikaner Bonnevay, erklärte gegenüber Franklin-Bouillon, daß die Außenpolitik Briands, wie aus zahlreichen Abstimmungen in der Kammer hervorgehe, von der Mehrheit gebilligt werde. Die Rede Briands in Gourdon sei eine patriotische und zugleich pazifistische Rede gewesen.

Als dann nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung der Kommunist Beaugrand zu Wort kam, aber anstatt zu der Interpellation zu sprechen, über den nordfranzösischen Textilarbeiterstreik reden wollte, wurden heftige Proteste laut. Der Lärm in der Kammer wurde so stark, daß der Kammerpräsident die Sitzung wieder unterbrechen mußte.

Bei Wiederbeginn der Sitzung versuchten zwei Kommunisten von neuem Obstruktion zu machen, ohne damit aber Erfolg zu haben. Abgeordneter Delsol von der Fraktion Maginot ermahnte die Mehrheit zur Einigkeit. Er erklärte, es wäre gefährlich, zu den nächsten Kammerwahlen in einer Atmosphäre des Bürgerkrieges zu gehen, zumal man wisse, wie man in Deutschland die Reichspräsidentenwahl des nächsten Jahres vorbereite. An einem Zeitpunkt, an dem man

befürchten müsse, daß ein Hohenzollernprinz dem Marschall von Hindenburg folgen

werde, dürfe in Frankreich nicht zum Bürgerkrieg gerüstet werden. Wenn es eine Kriegspartei gibt, so befindet sie sich auf der anderen Seite des Rheins und dort wäre die Friedensrede von Gourdon am meisten angebracht gewesen.

Schließlich antwortete Ministerpräsident **Laval** im Namen der Regierung auf die Interpellation Franklin-Bouillons. Es gebe keine Außenpolitik eines einzelnen Ministers, sondern nur die der ganzen Regierung. Das Land könne beruhigt sein, daß bei außenpolitischen Verhandlungen niemals eine Unterschrift ohne die Billigung des Parlaments gegeben werde. Auch auf dem Gebiete der Sicherheitspolitik erfüllt die Regierung ihre Pflicht. Davon hätte sich die Parlamentskommission überzeugen können, die die Befestigungsanlagen an der elsässischen Grenze besichtigt habe. Er, der Ministerpräsident, bitte also die Kammer, der Regierung Vertrauen zu schenken. (Lebhafter Beifall.)

Nach diesen kurzen Erklärungen nahm **Franklin-Bouillon** noch einmal das Wort. Er erklärte, die Ausführungen des Ministerpräsidenten hätten ihn etwas beruhigt, aber er beantrage trotzdem, über die sogenannte einfache Tagesordnung abzustimmen. Da diese Tagesordnung aber nicht den Ausdruck des Vertrauens für die Regierung enthält, verlangt der Ministerpräsident ihre Ablehnung unter Stellung der Vertrauensfrage.

Die Kammer lehnte darauf mit 310 gegen 267 Stimmen die einfache Tagesordnung ab und nahm mit 312 gegen 260 Stimmen die von der Regierung gebilligte Tagesordnung an, die der Regierung das Vertrauen ausspricht. Die Regierung hat also wieder mit einer Mehrheit von 43 Stimmen gesiegt.

Auch in England Krise vermieden.

Ein technischer Dreh.

London, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Die in England drohende Regierungskrise ist aus der Welt geschafft. Als der am Montag vom Unterhaus durch eine Zufallsmehrheit angenommene Zusatzantrag zur Grundwertsteuer am Dienstagnachmittag in der Komiteeberatung des Unterhauses zur Sprache kommen sollte, erklärte der Vorsitzende des Komitees, daß die Ergänzung an der vorgesehenen Stelle nicht in das Gesetz eingefügt werden könne. Sie hätte sachlich zu einem früheren Teil des Gesetzes gehört. Die mit Spannung erwartete Abstimmung fiel deshalb aus.

In dem Streit zwischen Liberalen und der Regierung über das Grundwertsteuergesetz ist inzwischen nach schwierigen Verhandlungen eine Einigung erzielt worden.

Gegen die Landesverweisung des Kardinals Segura hat der Vatikan bei der spanischen Regierung Protest erhoben.

Die Masken fallen.

Die Scharfmacher von Rhein und Ruhr zur Notverordnung.

Der Zweckverband der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster hat zur Notverordnung eine Entschließung angenommen, in der es heißt, „die Notverordnung beschränke sich auf ungenügende und halbe Maßnahmen". Den Scharfmachern ist selbst diese Notverordnung noch nicht scharf genug.

„Kern aller Sanierung," heißt es dann, „ist der Ausgabenabbau auf allen Gebieten. Alle Steuergesetze müssen die Bedingung erfüllen, daß sie den Ausgabenabbau fördern und nicht zu neuen Ausgaben oder zur Einschränkung der Sparsamkeit anreizen." Das heißt, Ausgaben für soziale und Wohlfahrtszwecke müssen noch mehr abgebaut werden.

Drei Forderungen seien in der jetzigen Not besonders dringlich:

„1. Erwerbslosenunterstützung darf in Zeiten bitterster Not nur an wirklich Bedürftige gezahlt werden; das bedeutet eine außerordentlich wirksame, sofortige finanzielle Hilfe für die öffentlichen Etats.

2. Jede Form von staatlicher Zwangswirtschaft und Subventionspolitik muß aufgegeben werden; insbesondere muß es sofort für eine Notzeit von etwa 2 Jahren freigegeben werden, daß sich die Arbeiter mit ihren Werken über Arbeitszeit und Löhne verständigen.

3. Eine ehrliche Steuerentlastung hat zur Vorbedingung, daß Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen als einheitliches Ganzes behandelt und gleichmäßig bewirtschaftet werden. Jede wirkliche erfolgreiche Reform hat darum einen verständigen Finanzausgleich mit einfacher und klarer Ausgabenteilung zur ersten Voraussetzung."

Den Regierungen der Reparationsmächte sei mitzuteilen, daß Deutschland vor der Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen stehe.

Den Scharfmachern vom Rhein und von der Ruhr ist die Wirtschaftskrise, hervorgerufen durch ihre verfehlte Zwangswirtschaft, durch die Verpulverung von ungezählten Milliarden, die Ausplünderung der Inlandverbraucher und durch den fortgesetzten Druck auf die schon völlig unzureichenden Löhne, die vornehmlich von ihnen hervorgerufene Wirtschaftskrise willkommen, um ihre verhängnisvolle Politik noch zu verstärken und auf die Opfer ihrer Politik loszuschlagen.

Sie fordern die Beseitigung jedes Anrechts auf Unterstützung, die allgemeine Einführung der Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung. Was diese Herren, die es immer noch als ihr gutes Recht angesehen haben, vom Staat Geschenke zu erhalten und mit den stärksten Mitteln eine Preisdiktatur aufzurichten, unter „Zwangswirtschaft" und „Subventionspolitik" hier meinen, geht aus ihrer unverschämten Forderung hervor, zunächst für zwei Jahre Tarifrecht, Schlichtungswesen und Arbeitszeitgesetz zu beseitigen.

Das ist also das Dritte Reich, das das Direktorium mit Herrn Hitler erstrebt. Hört es, ihr Arbeiter, die ihr euch mißbrauchen läßt durch das Aushängeschild einer angeblich nationalsozialistischen Arbeiterpartei! Ihr sollt das „Recht" bekommen, euch mit euren Unternehmern über Arbeitszeit und Löhne zu „verständigen". Ohne „staatliche Zwangswirtschaft", die die Höchstdauer der Arbeitszeit vorschreibt. Ohne kollektives Tarifrecht, das nicht zuläßt, Tarifverträge durch Sonderabkommen zu beseitigen. Ohne Schlichtungszwang, das auch die mächtigsten Scharfmacher zwingt, Tarifabkommen abzuschließen.

Was die Herren unter einer „ehrlichen Steuerentlastung" verstehen, geht zur Genüge daraus hervor, daß ihnen die Notverordnung mit ihrer Entlastung der Besitzenden noch als „halbe Maßnahme" erscheint.

Die Masken fallen. Die Feinde der Arbeiterklasse enthüllen ihre Pläne.

Beamte gegen Notverordnung.

ADB. und DBB. fordern ihre weitgehende Aenderung.

Am 16. Juni tagte im „Blauen Saal" der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes gemeinsam mit den Vertretern seiner Bezirks- und Landesausschüsse. Die von 350 Führern der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung besuchte Tagung nahm ein Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. Völker über die Notverordnung und die politische Lage entgegen. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in einer Entschließung, in der es zur Notverordnung heißt:

„Schärfster Belastung der notleidenden Massen steht eine herausfordernde Schonung der Besitzenden und der Schwerverdiener, verbunden mit neuen Subventionen an das Großkapital, gegenüber. Hiermit ist die Grenze des Erträglichen weit überschritten.

Das gilt besonders auch für die neue Gehaltskürzung. Der Bundesausschuß ist überzeugt, die Meinung aller Mitglieder auszusprechen, wenn er diese in ihrer Wirkung für die unteren und mittleren Einkommensgruppen der Beamtenschaft unerträglichen und in ihrer Form jeder sozialen Gerechtigkeit hohnsprechenden Maßnahmen ablehnt. Während die bisherige schematische Gehaltskürzung die geringeren Einkommen ungleich stärker belastete, hat man jetzt scheinbar eine progressiv nach oben gestaffelte Kürzung der Gehälter vorgenommen, in Wirklichkeit aber durch Verbindung mit der Herabsetzung des ersten Kinderzuschlages auf die Hälfte die Gehälter prozentual um so stärker belastet, je geringer sie sind.

Zu dieser Herausforderung der großen Masse der Beamtenschaft kommen jedoch noch weitere Maßnahmen, die ebenfalls schärfste Ablehnung erfahren müssen. Hierzu gehört insbesondere die jeder Berechtigung und Begründung entbehrende stärkere Belastung in den drei unteren Ortsklassen sowie das Fehlen jeder Freigrenze, das bewirkt, daß sogar die geringen Versorgungsbezüge einer Beamtenwitwe, selbst wenn sie unter 100 M. monatlich liegen, mit einem Satze von 4 Proz. gekürzt werden, während auf der anderen Seite bei den veranlagten Steuerpflichtigen erst ein Einkommen von 1 Million Mark und mehr mit demselben Prozentsatz zur Krisensteuer herangezogen wird.

Neben diesen ungeheuerlichen Bestimmungen enthält jedoch die Notverordnung noch einen besonderen Anschlag auf die wirtschaftliche Lage der Beamten der Länder und insbesondere der Gemeinden.

Das Maß dessen, was der Beamtenschaft zugemutet werden kann, ist mit diesem Vorgehen weit überschritten. Der Bundesausschuß handelt in Wahrung der berechtigten Lebensinteressen der von ihm vertretenen Kollegenschaft, wenn er diesen Maßnahmen schärfsten Kampf ansagt . . ."

Protest des DBB.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes beschäftigte sich am Dienstag mit der Notverordnung vom 5. Juni. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Ungerecht und unsozial ist die Belastung für viele Volksschichten, insbesondere auch für die Beamten. Daneben sind Einzelbestimmungen getroffen, die verärgernd wirken und deren Anordnung nicht so dringend war, als daß sie unter Berufung auf Artikel 48 erlassen werden mußten. Der geschäftsführende Vorstand bedauert, daß die Reichsregierung nicht den Vorschlag des Deutschen Beamtenbundes, Erhebung eines allgemeinen Volksopfers, aufgenommen hat, sondern zu einer unterschiedlichen Belastung der Volks- und Berufsschichten geschritten ist. Besondere Empörung herrscht in der Beamtenschaft über die bei der Gehaltskürzung getroffene Unterscheidung nach Ortsklassen und über den Teilabbau des ersten Kinderzuschlages, die unter allen Umständen wieder beseitigt werden müssen.

Der Fortfall der Freigrenze für die neue Gehaltskürzung und die besonderen als Doppelbelastung wirkenden Abzüge bei den kriegsbeschädigten Beamten müssen als äußerst unsozial verurteilt werden. Als ungerecht wird empfunden, daß bei denjenigen Behördenangestellten, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichten, die volle Kürzung vorgesehen ist. Trotz unseres Eintretens für eine einheitliche Besoldung in Reich, Ländern und Gemeinden müssen wir die in der Verordnung zum Erreichen dieses Zieles vorgesehenen Maßnahmen ablehnen, insbesondere auch die angekündigten Druckmittel, um die Gemeinden gefügig zu machen. Zu der Gehaltskürzung treten noch die preisverteuernden Maßnahmen, die befürchten lassen, daß die im vorigen Jahre begonnene, aber steckengebliebene Preissenkung rückläufig wird und den Verbrauchern noch weitere Opfer auferlegt werden. Der geschäftsführende Vorstand verlangt daher eine weitgehende Aenderung der Verordnung, die ihre ungerechten und unsozialen Wirkungen beseitigt . . . Die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands ist nach der Auffassung des geschäftsführenden Vorstandes erst dann möglich, wenn die Tributzahlungen abgebaut und die den internationalen Warenverkehr erschwerenden Hindernisse beseitigt werden. Der geschäftsführende Vorstand richtet an alle verantwortlichen Stellen in der deutschen Republik den dringenden Appell, entsprechend diesen Grundsätzen zu handeln . . ."

Protest der Gemeindearbeiter.

Köln, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Eine von Tausenden besuchte Gemeindearbeiterversammlung in Köln protestierte gegen die von der Regierung Brüning erlassene Notverordnung. Gefordert wird die Aufhebung der Bestimmungen für die in den öffentlichen Betrieben in Reich, Staat und Gemeinden beschäftigten Arbeiter, die Verhinderung des ungeheuerlichen Unterstützungsabbaues bei den Erwerbslosen, die schärfste Heranziehung des Besitzes zur Linderung der Notlage der Arbeiter und Maßnahmen zur Steigerung der Kaufkraft der meisten Kreise der Bevölkerung.

Eine von Kommunisten eingebrachte Entschließung, in der der Generalstreik verlangt wird, lehnte die Versammlung mit großer Mehrheit ab.

Kohlenfrieden in Genf.

Abkommen trotz Unternehmerobstruktion angenommen.

Genf, 16. Juni (Eigenbericht).

Mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit von 67 gegen 16 Stimmen hat die Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz am Dienstag den Entwurf des Abkommens für die Arbeitszeit im Kohlenbergbau in erster Lesung angenommen. Der Text des Redaktionskomitees wurde von dem englischen Bergbauminister Shinwell begründet, der das Abkommen als gemäßigtes Dokument sozialen Fortschritts bezeichnete.

Die Debatte dauerte den ganzen Tag über. Die Unternehmergruppe wiederholte nochmals ihren Obstruktionsversuch, indem sie verlangte, daß eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden müsse, ob das Abkommen für die ganze Welt oder nur für Europa Gültigkeit habe. Sämtliche Abänderungsanträge wurden jedoch mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Das Abkommen sieht folgende Bestimmungen vor:

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau gilt für sämtliche Kohlenbergwerke. Das Abkommen erstreckt sich auf alle Unternehmen mit Ausnahme solcher, die im Aufsichtsdienst beschäftigt sind. Im Steinkohlentiefbau darf die Dauer der Anwesenheit im Bergwerk einschließlich der Seilfahrzeit 7,45 Stunden täglich nicht überschreiten. An Sonntagen und gesetzlich anerkannten Feiertagen dürfen Arbeitnehmer im Kohlenbergbau nicht beschäftigt werden. Ausnahmen für Arbeitnehmer über 18 Jahren sind genau festzusetzen. Für rein wirtschaftliche Zwecke kann die zuständige Bergbaubehörde den Unternehmern nach Befragung der Unternehmer- und Arbeiterverbände für das Jahr 60 Ueberstunden im Steinkohlentiefbau zur Verfügung stellen. Diese Ueberstunden müssen mindestens mit 25 Prozent Lohnzuschlag bezahlt werden. Für den Braunkohlentiefbau gelten die gleichen Bestimmungen, jedoch mit folgenden Ausnahmen: kollektive Arbeitsunterbrechungen (Pausen) bis zur Höchstdauer von einer halben Stunde brauchen auf die Arbeitszeit nicht angerechnet zu werden. Die Zahl der Ueberstunden darf höchstens 75 im Jahr betragen. Außerdem kann die zuständige Behörde Gesamtarbeitsvereinbarungen zulassen, die höchstens 75 weitere Ueberstunden im Jahre vorsehen. Hierfür sind gleichfalls 25 Proz. Lohnzuschlag zu zahlen. Die Zulassung darf jedoch nicht für den gesamten Braunkohlentiefbau erfolgen, sondern nur für einzelne Bezirke oder Gruben oder wenn besondere geologische oder technische Verhältnisse dies erfordern.

Die Bedingungen gelten nicht für den Stein- oder Braunkohlentagebau. Hierfür finden die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag Anwendung. Die Zahl der zulässigen Ueberstunden darf auch im Uebertagebau nicht mehr als 100 jährlich betragen. Wenn besondere Bedingungen vorliegen, kann die Behörde jedoch tarifliche Vereinbarungen über weitere 100 Stunden zulassen. Es folgt noch eine Bestimmung, daß eine Verschlechterung der Arbeitszeitbedingungen zuungunsten der Arbeiter durch die Konvention nicht eintreten darf. Spätestens nach drei Jahren ist eine Revision des Abkommens durch die Internationale Arbeitskonferenz möglich.

Tagung der Maschinisten.

40 Stunden und viergeteilte Schicht.

Dresden, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Im Anschluß an den Geschäftsbericht des Vorstands nahm der Verbandstag des Verbandes der Maschinisten und Heizer drei Entschließungen an. In den ersten Entschießung wird die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1929 gefordert. Die Verordnung, so heißt es in der Entschließung, ist des deutschen Volkes unwürdig. Ferner wird verlangt die Aufhebung der Beschränkung des Koalitionsrechts der in der Elektrizitäts-, Gas- und Wassergewinnung und -Versorgung Beschäftigten. Die Generalversammlung protestiert ferner gegen die Verwendung öffentlicher Mittel für die technische Nothilfe.

In der zweiten Entschließung wird die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche für notwendig erachtet. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, in der stromerzeugenden Industrie

die viergeteilte Schicht

zur Einführung zu bringen. Die dreigeteilte Schicht entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen, weil die Arbeitszeit den Maschinisten und Heizern eine 56stündige Arbeitszeit auferlegt. Die entstehende Mehrbelastung durch Neueinstellung bei vollem Lohnausgleich kann die Industrie nach der Entschließung bei den niedrigen Lohnkosten der Kilowattstunde leicht tragen, ohne den Strompreis für den letzten Verbraucher zu erhöhen. Die Generalversammlung ruft alle Kollegen zur Mitarbeit auf und erwartet die stärkste Unterstützung des Verbandsvorstands zur Erreichung dieses Ziels.

Eine dritte Entschließung verpflichtet alle vollarbeitenden Kollegen zur

finanziellen Solidarität,

um die Not der arbeitslosen Kollegen zu lindern. Der Vorstand soll Mittel zu einer Weihnachtshilfe für die ausgesteuerten Kollegen bereitstellen.

Die Dienstagsitzung wurde eröffnet mit einer Begrüßungsansprache eines Vertreters der mittlerweile eingetroffenen englischen Delegation. Die Rede löste starken Beifall gerade an den Stellen aus, wo der englische Delegierte ein entschiedenes Bekenntnis gegen den Krieg ablegte. Die Arbeiterklasse aller Länder will einen ungestörten Kampf zur Erringung eines hohen Lohnstandards. Wir müssen dahin kommen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in weitestgehendem Maße international geregelt werden. Gemäß der internationalen Verflechtungen des Kapitals müssen auch die Interessen der Arbeiterklasse wahrgenommen werden. Die Maschinisteninternationale ist ein Mittel, um zu den aufgezeigten Zielen zu kommen.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht

wurde u. a. lebhafte Klage über die Arbeitszeit in der Hochseefischerei geführt. Es besteht dort in den Maschinenräumen der Fischdampfer immer noch der zwölfstündige Dienst. Eine gesetzliche Regelung, die eine günstigere Arbeitszeit für die Schiffahrtskollegen bringt, ist notwendig. Im übrigen wurde die Tätigkeit des Vorstandes allgemein gutgeheißen. Die Dienstagsitzung wurde ausgefüllt mit Beratungen zwecks Schaffung eines neuen Verbandsstatuts, das Statut wurde gemäß der Vorlage angenommen. Die Unterstützungsleistungen des Verbandes bleiben erhalten.

Arbeitslosenkundgebungen in Polen.

Wegen Nichtzahlung der Unterstützung.

Kattowitz, 16. Juni.

Im Laufe des gestrigen Tages fanden wieder Demonstrationen der Arbeitslosen in Bielschowitz, Schwientochlowitz, Paulsdorf und in der Industriestadt Zyrardorf in Kongreßpolen statt, weil die Gemeindeämter nicht in der Lage waren, die Arbeitslosenunterstützungen auszuzahlen. In Bielschowitz hat die Polizei eine Salve in die Luft abgegeben, um die Demonstranten, die das Gemeindehaus mit Steinen beworfen und sämtliche Fensterscheiben zertrümmert hatten, zu zerstreuen. Zwei Polizisten, mehrere Frauen und Arbeiter erlitten im Laufe des Zusammenstoßes leichtere Verletzungen. In Schwientochlowitz haben die Demonstranten einen Bäcker- und einen Fleischerladen überfallen und Eßwaren entwendet.

SPD.-Betriebsfraktion beim Bezirksamt Tempelhof. Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, Lokal Pinner, Tempelhof, Dorfstr. 50. Fraktionsversammlung. Genosse Max Brinkert: „Die Notverordnung".

SPD.-Fraktion bei Arbeitsamt Berlin-Ost. Morgen, Donnerstag, 16¾ Uhr, Restaurant Brunn, Lichtenberg, Fürstenwalder Str. 40. Genosse Wilhelm Landa: „Die politische und wirtschaftliche Lage".

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute 19½ Uhr tagen die Gruppen: **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Unterhaltungsabend. — **Weißensee:** Gruppenheim Weißensee, Parkstr. 26. „Gewerkschaften und Rationalisierung." — **Humboldt:** Jugendheim Graun- Ecke Gerichtstraße. „Alkohol und Nikotin in Lichtbildern". — **Nordring:** Schule Sonnenburger Str. 20. „Erlebnisse aus dem Sozialistengesetz." — **Tegel:** Jugendheim Tegel, Schöneberger Straße 4 (erst um 20 Uhr). „Gewerkschaften und die Kirche." — **Südwesten:** Jugendheim Yorckstr. 11 (Fabrikgebäude). „Wie wurde das Recht." — **Flughafen:** Gruppenheim Flughafenstr. 46 (U-Bahnhof Boddinstraße). „Rechte und Pflichten des Betriebsrates." — **Neukölln:** Jugendheim Neukölln, Bergstr. 29 (Hof). „Berlin, wie es weint und lacht." — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Holzmann bringt was Neues. — **Schöneberg:** Schöneberg, Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Unsere Mädchen gestalten den Abend aus.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, sind folgende Veranstaltungen: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1. Vortrag: „Der Lehrling im Arbeitsrecht." Referent: Bunzel. — **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Vortrag: „Jugend und Arbeitsdienstpflicht." Referent: Hahn. — **Nordost:** Jugendheim Danziger Str. 63 (Baracke 3). „Einer fragt und alle antworten." — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2 (Baracke). Lichtbildervortrag: „Auf nach Lübeck". Referent: Heilbrunn. — **Stralau:** Jugendheim der Schule Corneliusstr. 61. „Spaziergang nach Treptow." — **Oberspree:** Schule Berliner Str. 31, Eingang Hasselwerderstraße. „Fahrtenerlebnisse." — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 15 (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick). Breitspiele. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Vortrag: „Unser ZdA." Referent: Dettow. — **Südost:** Jugendheim Wrangelstr. 138. Aussprache[illegible] über tagespolitische Fragen. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstraße 15 (Eckzimmer). Tagespolitische Rundschau. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spreestraße [illegible]. Vortrag: „Die Frau im Berufsleben." Referentin: Ebert. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. „Fahrtenerlebnisse." — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge in Nowawes, Priesterstraße. Arbeitsgemeinschaft: „Der Sozialismus als politische und kulturelle Bewegung". Leiter: Dewinski. — [illegible]: Volkstanzabend 20 Uhr Städtische Turnhalle, Prinzenstraße. — **Spiele im Freien ab 18 Uhr Sportplatz Friedrichshain.**

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Zeugen vergangener Zeit.

Die drei mächtigen Linden, die unser heutiges Bild zeigt und die in Senzig bei Königswusterhausen stehen, sind 960 Jahre alt, wie man aus einer alten Chronik ersehen kann, welche in Königswusterhausen geführt wird. Heute wie vor Jahrhunderten wird unter den mächtigen Aesten auf der Dorfaue das Fest des Rosenbaumes gefeiert. Zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, als die drei auch schon alte Bäume waren, wird man manchen Marodebruder und Schnapphahn an ihnen aufgehängt haben. Jahrhunderte vor diesem Brennen und Morden wurden die Linden von der Urbevölkerung dieser Gegend, den Wenden, gepflanzt. Und diese wunderbaren Zierden unserer Heimat, die ein Jahrtausend allen Gefahren des Wetters und der Feuersbrünste widerstanden haben, sollten vor zwanzig Jahren bloßer Gewinnsucht zum Opfer fallen. Wenn sie nicht ein Bauer namens Massante gekauft hätte, ständen sie heute nicht mehr. Dieser Mann, dessen Vorfahren unter Friedrich dem Großen aus Frankreich eingewandert waren, hatte Sinn für Tradition und erhielt der Nachwelt dies lebende Denkmal vergangener Zeiten.

Als der alte Massante starb, gehörten die Bäume seinen Nachkommen, und ohne die Einwilligung aller Erben dürfen die alten Linden nicht geschlagen werden. Jetzt stehen sie überdies noch unter Naturschutz und sind so wirklich vor Säge und Axt geschützt.

Probe-Stadtratswahl.

Sozialdemokrat erhielt im Ausschuß die meisten Stimmen.

Der Wahlausschuß der Stadtverordnetenversammlung faßte gestern Beschluß über die zu besetzenden Stellen eines besoldeten und eines unbesoldeten Stadtrats. Für die besoldete Stelle wurde von den Sozialdemokraten Stadtrat Dr. Heuer-Magdeburg vorgeschlagen, der 9 Stimmen erhielt, von den Deutschnationalen Dr. Glaser (7 Stimmen), von den Kommunisten Erich Gentsch (4 Stimmen). Für die unbesoldete Stelle wurde von der Staatspartei Stadtrat Katz vorgeschlagen, der 10 Stimmen erhielt, von den Deutschnationalen Stadtrat Kolwes (6 Stimmen), von den Kommunisten Paul Langner (4 Stimmen). Die Wahl findet in der Stadtverordnetenversammlung am morgigen Donnerstag statt.

„Sie sind ein Todeskandidat!"

Ein menschenfreundlicher Naturheilkundiger.

Seit 30 Jahren betätigt sich der über 60 Jahre alte Ignaz T. als Naturheilkundiger. Von Beruf ist er Friseur, bezeichnet sich jetzt aber als — Privatgelehrter. Er hat ein Allheilmittel, das für alle Krankheiten ausreichen muß, für Leber, Lunge, Niere, Herz, Geschwülste und andere Gebrechen. Das Mittel besteht nach dem Gutachten der Preußischen Landesanstalt für Lebensmittelchemie aus einem Aufguß von Alkohol und Strohmehl. T. erfreut sich in Charlottenburg eines großen Rufes als Wunderdoktor. Er hat einen riesigen Zuspruch. Das Geschäft muß sehr einträglich gewesen sein, denn er läßt sich für seine „Wundermedizin" 100 Mark zahlen. In der Regel empfängt er die Kranken in seiner Sprechstunde mit den Worten: „Sie sind ein Todeskandidat, aber es ist gut, daß Sie zu mir kommen, denn ich werde Sie gesund machen." Er verkauft dann seine Medizin.

Im September vorigen Jahres kam zu ihm die Frau eines Landwirts aus Großtychow, die schwer lungenleidend war und schon in verschiedenen Lungenheilstätten gewesen war, ohne dort Heilung gefunden zu haben. Auch dieser Patientin versprach er baldige Heilung und nahm ihr für seine Medizin 100 M. ab. Die ganze Untersuchung bestand darin, daß er die Patientin am Ohrläppchen faßte und ihre Fingernägel besah. Die Medizin verschlimmerte aber den Zustand der Kranken und deshalb erstattete der Ehemann schließlich doch Strafanzeige. Der Wunderdoktor wurde wegen Betruges und Wuchers angeklagt. Wie von ärztlicher Seite vor dem Schöffengericht Charlottenburg dargelegt wurde, war das stark reizende Mittel nur geeignet, den Zustand der Kranken erheblich zu verschlechtern und Lungenbluten hervorzurufen. Der Wert der „Medizin", für die er sich 100 M. geben ließ, betrug nur einige wenige Pfennige.

Das Gericht verurteilte T. entsprechend der Anklage wegen Betruges und wucherischer Ausbeutung zu 6 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe.

Wieder Benzinexplosion in der Wohnung.

In der Wohnung des Rechtsanwalts Rilk in der Roonstraße 13 ereignete sich gestern nachmittag eine folgenschwere Benzinexplosion. Gegen 15 Uhr war die 25jährige Ehefrau des Anwaltes mit dem Reinigen von Kleidern beschäftigt, wozu sie Benzin benutzte. Dabei bildeten sich die äußerst gefährlichen Benzindämpfe, die durch die offene Flamme des Gaskochers unter heftiger Detonation zur Explosion gebracht wurden. Eine Stichflamme durchschoß den Raum und Frau Rilk erlitt erhebliche Brandwunden an beiden Beinen und am rechten Arm. Die Verunglückte erhielt von einem hinzugerufenen Arzt die erste Hilfe. Durch den Luftdruck wurden mehrere Fensterscheiben zertrümmert. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr konnte den Brand im Keime ersticken.

800 Meter tief abgestürzt.

Zwei Bergsteiger tödlich verunglückt.

Genf, 16. Juni.

Am letzten Sonnabend waren zwei Genfer Bergsteiger zur Besteigung des Grépon (Mont Blanc-Gruppe) von Chamonix aus aufgebrochen. Der heftige Föhn gestaltete den Aufstieg besonders schwierig. Man sah die beiden Touristen zuletzt Sonntagnachmittag zwischen 4 und 5 Uhr auf dem Gipfel des Grépon. Seither hatte man keine Nachricht von ihnen. Am Montag früh brach eine Rettungskolonne auf, die nach mühseligem Suchen die beiden schrecklich verstümmelten Leichen der Bergsteiger fand. Sie lagen am Fuße einer Felswand und waren zirka 7—800 Meter tief abgestürzt.

Peiniger seiner Frau.

Geldstrafe für schwere Mißhandlungen.

Wegen Mißhandlung seiner 52jährigen Ehefrau Malwine hatte sich der 53jährige Landwirt und Putzer Albert Grische aus Altlangerwisch bei Potsdam vor dem Potsdamer Amtsgericht zu verantworten.

Der Angeklagte ist 32 Jahre mit seiner Frau verheiratet. Als er merkte, daß seine Frau nicht jünger wurde, fing er an, sich für seine jeweiligen Hausmädchen zu interessieren. Die Belästigungen der Dienstmädchen waren derart, daß die Mädchen manchmal bei Nachbarn Schutz suchen mußten. Die mißhandelte Ehefrau, als Zeugin vernommen, bekundet, daß der Mann sie in ein Zimmer eingeschlossen habe, und im Beisein eines Hausmädchens mit einem Peitschenstiel geschlagen habe. Darauf ließ der Angeklagte das Grammophon aufziehen und amüsierte sich über die am Boden liegende Frau. Ein ärztliches Attest besagt, daß die Ehefrau einmal zwölf bis fünfzehn Faustschläge von ihrem Mann erhalten hat. Nach den Mißhandlungen mußte sie drei Wochen im städtischen Potsdamer Krankenhaus zubringen.

Das Gericht verurteilte diesen Musterehemann zu der lächerlich geringen Strafe von 90 M. Die Ehefrau erlitt vor Gericht einen tiefen Ohnmachtsanfall, so daß sie aus dem Saal getragen werden mußte.

„St. Philibert" wird gehoben.

Paris, 16. Juni.

Das neun Meter tief liegende Wrack des untergegangenen Dampfers „St. Philibert" behindert den Schiffsverkehr, der an dieser Stelle besonders lebhaft ist, außerordentlich, und es muß deshalb unverzüglich gehoben werden. Wegen des heute herrschenden diesigen Wetters können aber die Bergungsarbeiten noch nicht in Angriff genommen werden; sie werden morgen beginnen. Man vermutet, daß mehr als 200 Leichen noch im Schiffsraum liegen.

Zwanzig Verletzte bei Straßenbahnzusammenstoß.

Stuttgart, 16. Juni (Eigenbericht).

Am Dienstag stießen in Stuttgart zwei Straßenbahnzüge zusammen. 20 Personen wurden verletzt.

Das Unglück ereignete sich auf einer abschüssigen Strecke in der Wilhelmstraße. Der von hinten angefahrene Anhänger des einen Zuges wurde auf seinen Motorwagen heraufgeschoben. Ueber die Ursache des Unfalls verlautet, daß bei dem von obenher auf den Anhängerwagen aufgefahrenen Zug **die Bremse versagt** haben soll.

Gerhart Hauptmann spricht im Rundfunk. Gerhart Hauptmann hat sich auf Bitten der Berliner Funkstunde bereit erklärt, am Donnerstag, 25. Juni, 19.40 Uhr, im Rundfunk zu sprechen. Seine Ansprache führt den Titel „Deutschland". Sämtliche deutschen Sender werden die Rede übertragen.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Die nächste Uebungsstunde findet am Freitag, dem 19. Juni, 19½ Uhr, im Gesangssaal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt.

[20

Aber nicht das war es, was Ostap beunruhigte. Kolkas Möbel kannte er schon lange. Auch der Anblick Kolkas, der mit hochgezogenen Beinen auf dem Strohsack lungerte, hatte nichts Ueberraschendes. Neben Kolka aber saß ein so entzückendes Wesen, dessen Anblick zur Folge hatte, daß sich Ostaps Stimmung sofort verdüsterte. Derartige Wesen sind nie geschäftliche Beziehungen — dazu haben sie zu blaue Augen und einen zu sauberen Hals. Das sind Geliebte oder, was noch schlimmer ist, das sind Ehefrauen, die man vergöttert. Und wirklich nannte Kolka das Wesen „Lisa" und duzte es.

Worobjew nahm seinen Filzhut ab. Ostap rief Kolka in den Gang hinaus und sie sprachen dort lange im Flüsterton.

„Ein schöner Tag, gnädige Frau", sagte Worobjew und fühlte sich nicht sehr am Platz.

Die blauäugige gnädige Frau lächelte und ohne irgendwelchen Zusammenhang mit der Bemerkung Worobjews sprach sie davon, was für dumme Menschen in dem benachbarten Federbehälter wohnten.

„Sie zünden absichtlich den Petroleumkocher an, damit man nicht hört, wie sie sich küssen. Sie sehen doch ein, daß das sehr dumm ist. Wir hören alles. Sie selbst aber hören gar nichts wegen ihres Petroleumkochers. Wollen Sie, ich werde es Ihnen gleich zeigen. Hören Sie nur."

Und das Wesen, das alle Geheimnisse des Petroleumkochers kannte, sagte laut: „Die Swerews sind sehr dumm!"

Hinter der Wand war nichts als der höllische Gesang des Petroleumkochers und dazwischen wieder Geräusch wie von Küssen zu vernehmen.

„Sehen Sie? die hören nichts. Swerew, Sie sind dumm, blöd und verrückt! — Sehen Sie?"

„Ja", sagte Worobjew.

„Und wir haben keinen Petroleumkocher. Wozu? Wir essen in einem vegetarischen Restaurant, obzwar ich dagegen bin. Als wir aber heirateten, Kolka und ich, träumte er davon, daß wir in einem vegetarischen Restaurant essen würden. Nun, so tun wir es eben. Und ich esse so gerne Fleisch."

In diesem Augenblick kam Kolka mit Ostap zurück.

„Machen Sie uns bald wieder das Vergnügen", sagte Kolkas Frau, „es wird uns sehr freuen."

„Wieder macht man sich verrückt mit Gästen!" empörte sich jemand im letzten Federbehälter links. „Sie haben noch zu wenig Gäste!"

„Und das geht euch, ihr Blödiane, ihr Narren, einen Schmarrn an", sagte Kolkas Frau mit einer völlig normalen Stimme.

„Hörst du, Iwan Andrejtsch", regte man sich im letzten Behälter auf, „man beleidigt deine Frau und du schweigst dazu!"

Auch aus anderen Räumen vernahm man Stimmen. Der Streit wurde heftiger. Die Kompagnons gingen hinunter zu Iwanopulo. Der Student war aber nicht zu Hause.

„Kein Malheur", sagte Ostap, „ich weiß, wo der Schlüssel ist."

Er suchte unter einer Panzerkassa, die in der Ecke stand, fand den Schlüssel und öffnete die Tür.

Das Zimmer des Studenten Iwanopulo sah ähnlich aus wie das Kolkas, mit dem Unterschied, daß es ein Eckzimmer war. Eine Wand war von Stein, und der Student war sehr stolz darauf. Worobjew bemerkte mit Trauer, daß der Student nicht einmal einen Strohsack besaß.

„Sehr gut hat er sich eingerichtet. Ein anständiges Zimmer für Moskau. Wenn wir uns alle drei auf den Fußboden legen, bleibt sogar noch etwas Platz übrig."

Im Museum

Lisa lief aufgeregt durch die Straßen. Sie war der ungesalzenen, dürren Makkaroni und all der vegetarischen Dinge müde. Sie hatte eben mit ihrem Mann gestritten. Mit Mühe hielt sie die Tränen zurück. Eine innere Unruhe jagte sie weiter. Sie überlegte dabei: ihr Leben war arm, dabei aber immerhin glücklich.

— Hätten wir noch Tisch und zwei Stühle, so wäre es ganz gut. Und einen Petroleumkocher werden wir anschaffen müssen. Wir müssen uns irgendwie einrichten. —

Es war ihr peinlich, nach Hause zurückzugehen und sie hatte niemanden, zu dem sie hätte gehen können. In ihrem Täschchen befanden sich zwanzig Kopeken. Lisa beschloß, ihr selbständiges Leben mit einem Besuch des Museums der Möbelindustrie zu beginnen. Sie überzählte noch einmal ihr bares Geld und trat ins Vestibül ein.

In einem großen Saal mit Säulen und einer langen Fensterreihe erblickte Lisa den Genossen Bender, der lebhaft auf seinen Begleiter mit dem rasierten Kopf einsprach.

Als sie vorbeiging, hörte sie die schallende Stimme: „Das sind Möbel im Stil Chic moderne. Mir scheint aber es ist nicht das, was wir suchen. Wir müssen alles systematisch prüfen."

„Guten Tag", sagte Lisa.

Beide wandten sich um und schnitten Grimassen.

„Guten Tag, Genosse Bender. Es ist nett, daß ich Sie hier gefunden habe. Nun wollen wir alle drei gemeinsam die Möbel besichtigen."

Die Konzessionäre sahen einander an. Worobjew war geschmeichelt, wenngleich es ihm im Grunde unangenehm war, da er befürchtete, Lisa könnte sie in der wichtigen Angelegenheit, bei der Suche nach den Brillantenstühlen, stören.

„Wir sind typische Provinzler, für uns ist so eine Ausstellung interessant", sagte Bender ungeduldig. „Wie kommen Sie aber her, eine Moskauerin?"

„Ganz zufällig. Ich hatte einen Streit mit Kolka."

„Verlassen wir diesen Saal", sagte Ostap.

„Ich habe ihn noch nicht recht gesehen. Er ist so hübsch."

„Es gibt hier gar nichts zu sehen", sagte Ostap, „Dekadence-Stil. Kerenski-Zeit."

„Man sagte mir, daß hier irgendwo Gambs-Möbel ausgestellt sind," sagte Worobjew, „vielleicht finden wir sie."

Den Konzessionären war Lisas Anwesenheit sehr lästig. Waren die gesuchten Möbel nicht in dem einen Zimmer, wovon sie sich mit einem raschen Blick überzeugten, so stürzten sie hastig ins nächste. — Indes verweilte Lisa immer längere Zeit in jedem Zimmer. Unwillkürlich und ohne sich selbst dessen bewußt zu werden, betrachtete sie die Möbel von dem Gesichtspunkt, wie sie in ihr Zimmer und für ihre Bedürfnisse passen würden. Ein Bett im gotischen Stil gefiel ihr beispielsweise gar nicht. Es war zu groß für ihr drei Quaratmeter großes Zimmerchen.

Die Säle nahmen kein Ende. Einige Räume enthielten Möbel im Empirestil. Ihre immerhin kleinen Dimensionen entzückten Lisa.

„Sehen Sie nur, sehen Sie", rief Lisa mitteilungsbedürftig und packte Worobjew am Aermel. „Sehen Sie sich diesen Scheibtisch an. Er würde wundervoll in unser Zimmer passen. Nicht wahr?"

„Hübsche Möbelstücke!" sagte Ostap zornig. „Aber auch nur dekadenter Stil."

(Fortsetzung folgt.)

Zirkus zieht ein.

220 Autozüge, Dickhäuter, Pferde und Kamele.

Zwischen 9 und 10 Uhr vormittags Verkehrsstockung zwischen Charlottenburg und Moabit; Chauffeure fluchen, BVG. fügt sich ins Unvermeidliche und die Fußgänger sind zum Teil an dem ungewohnten Straßenbild interessiert. Im Schritt fährt eine Wagenkolonne von über 200 weiß-grün gestrichenen Lastautos nach der Zeltstadt Sarrasanis in der Wullenweberstraße. Voran der Entrepreneur am Siemens-Lautsprecher, der dem Publikum die morgige Premiere verkündet und des Chefs unwandelbare Liebe zu Berlin. Die Sarrasani-Kapelle fährt konzertierend per Auto an. In der Zeltstadt, aufgebaut auf einer 23 000 Quadratmeter großen Fläche, wird fleißig gehämmert, Zeltstoff gespannt, ausgeladen und geschleppt. 600 Arbeiter, zu einem kleinen Teil hier neu hinzugenommen, sind am Werk, das Vorstellungszelt mit einem Durchmesser von 60 Meter, 16 Stallungen und was sonst noch erforderlich, aufzubauen. Aus den Wohnungen dringen mittägliche Düfte; auf dem Platz sonnt sich ein terrakottefarbener Buddha aus Stein, kleine Chinesenkinder spielen mit Eimerchen und Schaufel im Sande. Eine große Menschenmenge umsteht neugierig das Terrain, fachmännisch, mit ein wenig neidvollen Blicken wird die Arbeit beobachtet, wie gerne möchten sie da mitanpacken. Marokkaner, Chinesen, Indianer, Japaner, Singalesen, Cowboys, Tscherkessen, Artisten und Ballettratten, ein reichhaltiger Tierbestand von Tigern, Elefanten, Löwen, Pferden, Zebras, Büffeln, Eisbären und anderem Getier erwarten am morgigen Mittwoch 9000 Besucher — soviel finden im Zirkuszelt Platz —, falls sie sich alle vollzählig einfinden sollten!

*

Als Angestellte des Zirkus in der Nähe des Spandauer Rathauses mit Ausgrabungsarbeiten an einer Müllgrube beschäftigt waren, entdeckten sie in etwa 1,35 Meter Tiefe ein menschliches Skelett. Nach Untersuchung durch den Spandauer Kreisarzt wurde jetzt festgestellt, daß das Skelett mindestens fünfzig Jahre in der Erde gelegen hat und von einem Kämpfer herzurühren scheint, der auf dem früheren Festungswall ums Leben gekommen sein muß. Der Schädel war noch sehr gut erhalten und die Zähne, die fest in den Kiefern saßen, waren vollzählig vorhanden.

Markthalle mit Musike.

Die Gegend rund um den Alex läßt an Lebendigkeit nichts zu wünschen übrig; aus den Tageskinos dröhnt die Kinoorgel, auf den Straßen macht sich der Riesenverkehr durch heftigstes Hupen, Rasseln und Klingeln bemerkbar und als ergänzender Akkord erklingen Pflasterhämmer und Bauplatzgeräusche. Da hat sich denn auch die neu erstandene Markthalle in der Keibelstraße der vielstimmigen Sinfonie angepaßt und von der Empore, hoch über rotwangigen Tomaten, saftgrünen Salatköpfen und schneeigen Spargelstangen erklingen fröhliche Jazzweisen; die Verkäufer haben alle Mühe, sich mit der Kundschaft auf diese melodramatische Weise zu verständigen und ihnen Güte und Preiswertigkeit der Ware so richtig ins Gehirn zu hämmern. Daß der Handel mit Musik ein im wahrsten Sinne des Wortes schwungvoller ist, läßt sich nicht leugnen, aber des Lebens praktische Seite ist halt doch bei diesen miesen Zeiten das einzig Ausschlaggebende und so ist man jetzt übereingekommen, während der Hauptverkehrszeit sang- und klanglos zu bleiben und nur in der Mittagsstunde als Gratiszugabe zu einem äußerst preiswerten Mittagstisch Radiomusik zu machen. Dazu finden sich denn auch eine ganze Menge Zuhörer ein, zum kleinsten Teil Mittagsgäste, zum größeren Zaungäste; es gibt zwar schon für 50 Pf. eine prima Nudelsuppe mit Huhn und für 60 Pf. ein Fleischgericht mit Beilage, aber die Gegend ist nur nach außen hin so fröhlich und leichtbeschwingt, wenn man genauer hinsieht und hinhört, spürt man den Jammer an allen Ecken und Enden.

Hundert Nazis gegen zwei Reichsbannerleute.

Im Anschluß an die Severing-Kundgebung in Friedenau kam es gestern abend gegen 22.30 Uhr in der Kaiserallee in Wilmersdorf an der Ecke der Hildegardstraße zu einem feigen nationalsozialistischen Ueberfall auf zwei Reichsbannerkameraden. Als die beiden Reichsbannerleute gerade im Begriff waren, einen Straßenbahnwagen der Linie 44 zu besteigen, stürmte eine Horde von ungefähr 100 Nazis auf den Straßenbahnwagen und versuchte, die Reichsbannerleute am Einsteigen zu verhindern. Dabei wurden mehrere Fensterscheiben des Wagens zertrümmert. Herbeigerufene Schutzpolizisten nahmen die Verfolgung der Hitlerburschen auf. Vier der „Helden" wurden festgenommen.

Auf der Sommerbühne des Rosetheaters wird mit dem Stück von Quadenfeld und Halton „Der Hutmacher seiner Durchlaucht" eine sommerliche Harmlosigkeit gegeben, die durch ihre nette Aufmachung, das flotte, hübsche Spiel, und allerlei niedliche musikalische und tänzerische Dinge dennoch sehr gefällt. Hans Rose als Hutmachergeselle und Edgar Kanisch als Hutmacher Bolle, beide aufeinander eingespielt, lösten Jubel- und Beifallsstürme aus. Leni Pyrmont, Willi Rose, Trude Kurze, Karl Gütlich, taten ihr Bestes, um die fröhliche Stimmung immer höher zu treiben. — Dem Volksstück geht ein sehr guter Varietéteil voraus. Man hat bei den Roses von nachmittags um 5 bis abends um ½11 Uhr etwas für sein Geld und freut sich dessen.

Der Arzt als Erzieher der Eltern, so betitelt Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Moses einen sehr beachtenswerten Beitrag in der neuesten Nummer des „Arbeiterfunk", des offiziellen Organs des Arbeiter-Radiobundes, in dem er die Wünsche zahlreicher Hörer hinsichtlich inhaltlicher Vertiefung der hygienischen Rundfunkvorträge beredt zum Ausdruck bringt.

Der Präsident des Landesfinanzamtes Berlin weist in seiner heute im Anzeigenteil erstatteten Bekanntmachung auf die Nachversteuerung von Zucker hin.

Nachdenklicher Spaziergang

Streiflichter von der Bauausstellung — Von Menschen und Hühnern

Als die illustren Gäste zur Eröffnungsfeier der Deutschen Bauausstellung in die Ehrenhalle marschierten, lief vor dem Eingang ein junger Hochbautechniker auf und ab. Der hatte sich mit Bindfaden ein Plakat um den Hals gehängt, auf dem zu lesen stand: Hochbautechniker, mit besten Zeugnissen, sucht Arbeit. Heute, einen Monat später, steht der junge Mann nicht mehr vor dem Eingang. Es ist zu bezweifeln, ob er Arbeit gefunden hat, wahrscheinlicher ist das Gegenteil. Denn nach der letzten Erhebung des Deutschen Baugewerksbundes über den Stand der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe waren von 453 000 Bundesmitgliedern 279 000 arbeitslos, das sind 61,46 Proz. Eine traurige Feststellung.

*

Auf dem Leipziger Parteitag wies Erik Nölting auf die Abnahme der Arbeiterschaft innerhalb der Gesamtbevölkerung hin. Wie weit diese Entwicklung in Berlin gediehen ist, lehrt ein Schaubild auf der Bauausstellung. Nur noch in fünf Bezirken hat die Arbeiterschaft die absolute Mehrheit: Wedding (57 Proz.), Weißensee (53 Proz.), Spandau (53 Proz.) und Neukölln (51 Proz.). In Tempelhof, Pankow (je 37 Proz.), Charlottenburg (29 Proz.), Schöneberg und Steglitz (je 23 Proz.) nur noch in Verbindung mit der Angestelltenschaft. Proletarische Mehrheiten überhaupt nicht mehr zu errechnen sind in Wilmersdorf (16 Proz. Arbeiter und 33 Proz. Angestellte) und in Zehlendorf (16 Proz. Arbeiter und 30 Proz. Angestellte). Man sieht, wie notwendig die Fronterweiterung ist.

„Tannen"-Dach oder Flachdach?

Man ergötzte sich eben noch an den wunderhübschen Siedlungsbauten unserer Architekten, die auf der ganzen Linie das Flachdach bevorzugen, dann gießen einem wenige Schritte weiter in der Halle IV die Dachziegelfabrikanten eine gehörige Dusche auf den Kopf. Keine Krähe setzt sich mehr auf ein Flachdach, wenn sie die Episteln dort gelesen hat. Das Flachdach, wird verglichen mit den Pinien südlicher Regionen, die armselige Wasserfänger sind und bestenfalls Sonnenschutz bieten. Das Schrägdach aber gleicht sich der nordischen Tanne an, die mit ihren abwärts gerichteten Zweigen der Schneelast ausweicht, das Wasser nach außen ableitet wie ein Regenschirm, vor Hitze schützt wie ein Tropenhelm und schließlich steht ein Schwarzwaldhaus da mit seinem spitzen Dach, von dem der Bauer schon wüßte, warum er es so baut. Das Flachdach mag gut sein für Kabul, an den Neckar gehört ein Ziegeldach. Schade, daß sich die Flachdächer auf der Ausstellung nicht verteidigen.

*

Die amerikanische Küche, die in der USA.-Abteilung die Brooklyn Borough Gas Company ausstellt, ist ein nicht minder umstrittenes Kampfobjekt. Sie ist das Resultat wissenschaftlicher Forschungen von Betriebsingenieuren und Fachleuten für Bewegungsersparnis, so organisiert, um jede „verlorene Bewegung" zu vermeiden. Diese Küche mit ihrem rationalisierten Raffinement ist wirklich proper und ganz exakt. Aber die deutschen Hausfrauen, die sich die Küche ansehen, lächeln erst etwas, dann schütteln sie den Kopf und sagen nein. Vielleicht haben sie recht. So, wie die Küche auf der Ausstellung steht, als Staatsküche, ist alles schön und gut. Jetzt stelle man sich aber vor, in dieser Küche werden grüne Heringe gebraten und Kohlrüben gekocht. Dann ist sie entzaubert, wie jede andere auch.

*

Ganz bewußt wenden sich große Abteilungen der Ausstellung an die Hausfrau. In der einen wird ihr gesagt: Du läufst täglich vier Treppen rauf und runter, das sind im Jahre 130 Stunden Weg und eine Leistung, die einer zwölfmaligen Besteigung der Zugspitze entspricht. Oder: es klingelt an der Korridortür. Da deine Wohnung verbaut ist und die Möbel ganz unzweckmäßig hingestellt sind, mußt du bis zur Korridortür 25 Meter laufen. Das sind im Jahr 300 nutzlos zurückgelegte Kilometer. Deshalb: warum 25 Meter laufen, wenn man mit 5 Meter Weg ebensogut zur Tür kommen kann. Es kommt nur auf den Architekten an, daß er einen modernen Grundriß schafft und auf dich, daß du deine Möbel sinngemäß anordnest. So etwas leuchtet den Frauen auf der Ausstellung sofort ein. Es ist, nebenbei gesagt, erfreulich, welches Interesse überhaupt die Ausstellung bei den Frauen findet.

Preußen kann sich sehen lassen.

Schade, daß die Ausstellung des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt so arg abseits vom großen Strom der Besucher liegt. Weiß Gott, Preußen kann sich sehenlassen. Von 1919 bis 1930 sind 1⅓ Millionen Wohnungen gebaut worden; 1930 mit allein 214 600 Wohnungen war ein Rekordjahr. 69 Proz. Neubauwohnungen (ab 1924) erhielten Hauszinssteuerhypotheken. Trotzdem fehlten 1931 nach eher zu gering bewertenden Berechnungen noch immer 327 000 Wohnungen. Den relativ größten Wohnungsmangel zeigt Oberschlesien mit 21 wohnungsbedürftigen Familien auf 1000 Einwohner, den geringsten die Provinz Hannover mit nur einer wohnungsbedürftigen Familie. Glückliches Hannover!

*

Die chinesische Abteilung ist besser als die preußische besucht. Das neue Nanking ist auch sehenswert, draußen, am Yangtse der Hauptbahnhof, dann vorbei am Kriegsministerium, am Zentralgebäude der Kuomintang zur . . . Reichsregierung. Die Chinesen sagen auch Reichsregierung. Daneben liegt der Flugplatz, etwas südlich das Innenministerium und dann wieder ganz draußen das Grab Sungatsens. Man kann sich auch Groß-Kanton ansehen oder Shanghai oder Peking, das jetzt zu Peiping entthront ist. Aber sein Sommerpalast ist immer noch schön, so schön wie der Lamatempel in Tibet. Neben der Großen Mauer fährt heute die Eisenbahn. Modernes China. Stolz weist eine Tabelle darauf hin, daß man 474 Bibliotheken, 90 Museen, 409 Vortragssäle, 254 Sportplätze und 74 515 Kilometer Autostraßen geschaffen hat.

Am besten haben es die Hühner.

Am besten haben es die Hühner auf der Ausstellung. Draußen auf dem Freigelände, auf der Musterfarm. Die können spazieren gehen, haben einen Scharraum, eine Legehalle, dann sind elektrische Aufzuchtbatterien und elektrische Schirmglucken da und weiß sonst noch was, wie Futterküche, Guanogrube und Schlachtraum. Wenn es nur alle Menschen so gut hätten, wie die Hühner auf der Ausstellung.

*

Wohin soll die Technisierung im Kapitalismus noch führen? Der Eindruck einer Flaschenspül- und -füllmaschine in Großbrauereien oder Großmolkereien ist schon ungeheuer, wenige Hände sind da nur noch nonnöten, aber der Eindruck der automatischen Ziegelherstellung in der Halle V, der ist erschütternd. Ein einziger Arbeitsmann steht da, reißt an zwei, drei Hebeln und sieht zu, wie die fertigen Ziegel aus der Trockenmaschine kommen. Dann legen sich die Ziegel wohlgemut aufs Fließband und fahren hinaus in die weite Welt. Menschen werden dazu nicht mehr gebraucht. Wie könnte alles gut sein bei organisiertem Bedarf und Verbrauch. Auf dieser Ausstellung wird es einem so sonnenklar, daß der Sozialismus eine Notwendigkeit ist.

Menschen verkommen.

Der „Vorwärts" brachte vor kurzem einen Bericht über das tragische Schicksal zweier Frauen, Mutter und Tochter, die bitterste Not leiden und noch nicht einmal ein Dach über dem Kopfe haben; die Frau ist infolge Krankheit dauernd erwerbsunfähig, die 19jährige Tochter muß von ihrem kleinen Verdienst den ganzen Unterhalt bestreiten und weil es zur Miete einfach nicht reichte, wurden sie exmittiert; infolge des starken Regenwetters der vergangenen Tage ist der Stall, in dem die paar Habseligkeiten untergestellt wurden und wo sich gleichzeitig die beiden Menschen aufhalten müssen, feucht und modrig. Die Sachen verderben und die Menschen nehmen schweren Schaden an ihrer Gesundheit; so mußte die Tochter infolge Krankheit von ihrer Arbeitsstelle wegbleiben. Die Leute, die sich des Mädchens annahmen und sie bei sich wohnen ließen, sind jetzt verreist und nun muß das Mädchen mit seiner schwerkranken Mutter im feuchten Stall unterkriechen. Soll man nun erst abwarten, bis das Aergste eintritt, oder findet sich vielleicht hier doch noch ein Ausweg? Nach wie vor wird den Aermsten erklärt, daß weder Wohngelegenheit, noch Unterstützungsgeld für sie vorhanden sei; die Leute wohnen in Dallgow-Doeberitz, Kreis Osthavelland. Man muß sich über die völlige Indifferenz der zuständigen Behörde wundern.

Professor Balods Leiche ausgegraben.

Riga, 16. Juni.

Auf gerichtliche Verfügung fand heute die Exhumierung der Leiche des vorigen Winter verstorbenen bekannten Nationalökonomen Professor Karl Balod statt, von dem behauptet worden ist, er sei vergiftet worden. Das Ergebnis steht noch aus. Die Ausgrabung war auf Betreiben der in Berlin lebenden Witwe Balods und seines nahen Freundes, des Abgeordneten Prof. Schlitz, angeordnet worden.

Stahlhelmer überfallen Kinder.

Falken der Kinderfreundegruppe „Marta Demming" kamen kürzlich von einem Falkenabend, als zwei Stahlhelmjünglinge die Kinder auf der Straße beschimpften. Ein Falke verbat sich die Belästigung. Als ob die beiden Stahlhelmhelden darauf gewartet hätten, stürzten sie sich jetzt auf die Kinder. Als in der Ferne Schupo zu sehen war, ergriffen die beiden die Flucht. Einige Straßen weiter stellten sich die Stahlhelmhelden den Kindern wieder in den Weg. Nur das Dazwischentreten einiger Reichsbannerkameraden schützte die Falken jetzt vor jeder weiteren Belästigung. Arbeitereltern, gebt diesen „Patrioten" die richtige Antwort: schickt eure Kinder zu den Roten Falken.

Neue Polizeiverordnung über das Naturschutzgebiet Pfaueninsel. Im Amtsblatt für den Landespolizeibezirk Berlin vom 13. Juni 1931 ist eine neue Verordnung über das Naturschutzgebiet Pfaueninsel veröffentlicht worden, die die Polizeiverordnung vom 11. März 1924 aufhebt.

Gefährlicher Schriftdeuter.

Ein Stallschweizer als rettender Engel.

Unter den kriminalistischen Hilfswissenschaften ist die Graphologie wohl die wohlbekannteste. Drei Schriftsachverständige können im Gerichtssaal mitunter drei verschiedene Ansichten vertreten und das Gericht — eine vierte. Und diese dürfte manchmal gerade die richtige sein. Wie gefährlich aber ein von seiner Unfehlbarkeit durchdrungener Schriftsachverständiger dem Angeklagten werden kann, erlebte man neulich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Und es war nicht etwa irgendein Schriftsachverständiger, sondern ein gerichtlicher Schriftsachverständiger.

Ein junges Mädchen hatte die Verbreitung zweier Fachwerke unter Stallschweizern übernommen. Sie schloß in verschiedenen Orten etwa 150 Lieferungsverträge ab und verdiente dabei eine ganz gute Provision von 6 M. pro Bestellung. Als aber dann die Bücher von den Bestellern abgenommen werden sollten, da entstanden für die Verleger Schwierigkeiten. Ein Teil der Stallschweizer war verzogen und nicht auffindbar, ein anderer erklärte, überhaupt keine Bestellung gemacht zu haben, so stellte sich auch heraus, daß in einigen Fällen Adressen angegeben waren, die angeblich nicht stimmten; die Stallschweizer, hieß es, wären da überhaupt nicht in Stellung gewesen. Die Folge für das junge Mädchen war eine Anklage wegen Betrugs. Die Verträge wurden geprüft, der Schriftsachverständige stellte fest, daß die Unterschriften in den Verträgen einander glichen wie ein Ei dem anderen und sämtlich von der Hand der Angeklagten herrührten. Es war Betrug, wer wollte noch daran zweifeln? Also stand das junge Mädchen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte und beschwor hoch und heilig, sämtliche Unterschriften stammten von Stallschweizern. Was galten aber alle ihre Schwüre gegenüber der unerschütterlichen graphologischen Wissenschaft? Natürlich rührten die Unterschriften von der Angeklagten, behauptete der Schriftsachverständige — unter seinem Eid nach bestem Wissen und Gewissen.

Da geschah aber ein Wunder.

Ein Zeuge erschien — als rettender Engel —, einer jener Stallschweizer, die unauffindbar waren und dessen Unterschrift gleichfalls von der Angeklagten gefälscht sein sollte. „Gefälscht?" entrüstete sich der Zeuge, „gefälscht von der Angeklagten? Hier unter meinem Eide, niemand anders als ich selbst hat diese Unterschrift geleistet." Unmöglich, meinte der Sachverständige, ein jeder sieht die Fälschung auf den ersten Blick, und meine Wissenschaft sagt: die Unterschrift rührt von der Angeklagten. — Der rettende Engel gibt eine Schriftprobe. Das Gericht vergleicht beide Schriften: zweifelsohne absolute Aehnlichkeit. Jeder einzelne im Gerichtssaal würde dasselbe finden, nur der Schriftsachverständige stellt Unähnlichkeiten fest. Seine Wissenschaft kann sich doch nicht geirrt haben. Nun pfeift das Gericht auf jede Wissenschaft und spricht die Angeklagte wegen sämtlicher Betrugsfälle frei, denn wer weiß, ob die Wissenschaft des Herrn Schriftsachverständigen sich nicht auch in bezug auf alle übrigen Unterschriften in gleicher Weise geirrt hat, wie in dem einen Falle.

Eine gefährliche Wissenschaft, die Graphologie, und ein noch gefährlicherer Sachverständiger, dieser Schriftsachverständige. Gedankt sei dem rettenden Engel und dem Staatsanwalt, der ihn herbeizitierte.

Mutter und Sohn.

Psychologische Rätsel in einem Totschlagsprozeß.

Vor dem Landgericht III beginnt heute die Verhandlung gegen den 26jährigen Max Thielecke wegen sogenannten deszendenten Totschlags (Tötung eines Verwandten in aufsteigender Linie).

Max Thielecke hat am 6. August vorigen Jahres unter aufsehenerregenden Umständen seine Mutter Camilla Thielecke in der Joachim-Friedrich-Straße zu Charlottenburg getötet. Die Anklage wird vom Statsanwaltsrat Herf, den Ankläger im Lieschen Neumann-Prozeß, vertreten. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Mendel.

Am 7. August v. J., morgens um 6 Uhr, erschien der Angeklagte im Büro des Polizeireviers und erklärte, er habe seine Mutter mit einem Dolch getötet, weil er von ihr mit einem Armeerevolver bedroht worden sei. Die Kriminalpolizei fand die Tote in eigenartiger Weise zugeschnürt auf dem Fußboden der Wohnung liegen. „Ich habe sie mir nach mexikanischem Ritus als Mumie vorgestellt und sie so beerdigen wollen," erklärte der Täter. Er habe, während die Mutter badete, sich mit ihr unterhalten. Ueber die soeben empfangene Nachricht von dem Tode ihrer jüngeren Schwester Ludmilla erregt, habe sie u. a. gesagt: „Jetzt bin ich wohl auch bald an der Reihe, aber zuerst muß die junge Generation ran." Sie habe die Seife auf den Fußboden fallen lassen, er habe sich gebückt, um sie aufzuheben. In diesem Augenblick habe die Mutter seinen Dolch aus der an seinem Gürtel befestigten Scheide gezogen, habe auf ihn zustechen wollen, und dabei immerzu gerufen: „Du zuerst, du zuerst." Es sei ihm gelungen, im Kampfe ihr den Dolch zu entwinden und da habe er blindlings zugestoßen. Die Leiche zeigte etwa 17 Stiche im Rücken, in der Brust und am Halse.

Die Jugend des Sechsundzwanzigjährigen ist geradezu phantastisch gewesen. Uneheliches Kind eines Fabrikbesitzers und einer launenhaften pschopathischen Mutter, einer Schneiderin, wuchs er ohne Spielgefährten heran, kam in die Freie Schulgemeinde Wickersdorf bei Saalfeld, und fiel hier durch sein sonderbares Wesen und seine hohe aber einseitige Intelligenz auf. Er zeigte eine ganz besondere Vorliebe für Völkerkunde, lernte die indianische Sprache, sammelte vergiftete Pfeile u. dergl. mehr und verließ Wickersdorf nach vier Jahren, weil keine Hoffnung bestand, daß er wegen seiner einseitigen Begabung der Abschlußprüfung gewachsen sein würde. Nach einem kurzen Studium in Paris fuhr er als blinder Passagier nach Kuba, ging über Mexiko zu Fuß nach den Vereinigten Staaten, lebte längere Zeit mit Indianerstämmen und wurde schließlich nach Europa zurücktransportiert. Ohne Wissen der Mutter hatte er eine Näherin geheiratet. Als die Schwiegertochter mit dem Kinde zu der Mutter zog, gab es immer wieder Streitigkeiten. Eine gewisse Rolle spielte dabei seine uneheliche Geburt. Er wurde bald nach der Mutter Thielecke genannt, bald Neuhaus nach ihrem ersten Mann, bald Tzschöckell. So legte er sich einen eigenen Namen zu Calis Suhamani, — „Mann, der sich zum Kampf stellt" — nach einer indianischen Sage. Er bewarb sich bei den Behörden um Anerkennung dieses Namens, die Mutter half ihm bei seinen Bemühungen; auch sein Töchterchen trug er unter dem Namen Suhamani ein; er ist deswegen auch wegen Urkundenfälschung angeklagt. Die Spannung zwischen Mutter und Sohn wuchs von Tag zu Tag. Beide fühlten sich gegenseitig bedroht. Der Sohn erwog u. a. allen Ernstes die Ueberführung der Mutter in die Irrenanstalt. Welche besonderen Umstände die Spannung zwischen Mutter und Sohn derartige Ausmaße annehmen ließ, daß es schließlich zur Explosion kam, wird die Gerichtsverhandlung ergeben.

Die Lösung des psychologischen Rätsels der Tat liegt nicht zuletzt in den Händen der beiden Sachverständigen, des Sanitätsrats Dr. Leppmann und Medizinalrat Dr. Dyrenfurth.

Unsere Kampfeslieder.

Offene Singestunde für alle Sangeslustigen.

Das Preisausschreiben des Sozialistischen Kulturbundes für ein neues sozialistisches Lied, dessen Ergebnis jetzt bekannt wurde, war dem Gedanken entsprungen, daß in unserer Bewegung bei vielen Gelegenheiten ein Mangel an mitreißenden, einigenden Liedern auftritt. Wohl besitzen wir manche Lieder, die uns durch ihre innere Verknüpfung mit der Geschichte des Sozialismus ans Herz gewachsen sind, aber es gibt nur eine sehr beschränkte Zahl solcher Lieder. Viele haben sich nicht halten können, weil die Melodie zu konventionell ist und unserem heutigen veränderten Zeitempfinden nicht mehr entspricht. Auch unsere Bläserkapellen sind bei Festen und Umzügen immer wieder gezwungen, Anleihen bei der Militär- oder bürgerlichen Unterhaltungsmusik zu machen, weil das Proletariat bisher nicht in der Lage war, eine eigene Kunst zu entfalten.

Die Texte der preisgekrönten Lieder sind ausgesprochen kämpferisch, viel mehr als z. B. das vor 10 Jahren entstandene „Wenn wir schreiten", ein Lied, das heute überall gesungen wird und durch die Macht der Musik auch in bürgerlichen Kreisen unsere Gedanken erklingen ließ. Die neuen Lieder richten sich besonders an die Aktiven in unserer Bewegung, vornehmlich an die Jugendkreise. Die Arbeiterschaft hat ein Anrecht darauf, mit diesen Werken schnellstens bekannt zu werden. Sie müssen überall gesungen werden. Deshalb soll für Berlin der Versuch gemacht werden, diese Lieder in einer öffentlichen Singestunde mit allen, die kommen wollen, zu üben; sie soll am Montag, dem 22. Juni, abends 8 Uhr im großen Saal des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz stattfinden. Es ist geplant, dann im Herbst eine öffentliche Vorführung der preisgekrönten Lieder durch berufene Chöre folgen zu lassen.

Alle sangeslustigen Genossen und Genossinnen, besonders die Kreise der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Kinderfreunde sind zu dieser Singestunde herzlichst eingeladen.

Kriminalfest im Lunapark.

Das Wohltätigkeitsfest der Berliner Kriminalisten, das am Sonnabend im Lunapark stattfand, war ein großer Erfolg für die Veranstalter. Die Vorstandsmitglieder Kriminalrat Schlosser, Kriminalkommissar Dr. Riese sowie die Kriminalsekretäre Seidel und Maczeck hatten das Fest mit großer Umsicht vorbereitet. An dem Kriminalisten-Suchwettbewerb „Wer sind die drei?" beteiligte sich das Publikum mit größtem Interesse. Sieben Besucher hatten die 3 gesuchten Personen richtig gefunden. Der Leiter der Berliner Kriminalpolizei Direktor Scholz verteilte die Preise unter die 7 Preisträger.

Während der
Ferien- und Reisezeit
kann der „Vorwärts" und der „Abend" auf jede Dauer allerorts bezogen werden

Touristen und Wanderer
fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler
lassen sich den „Vorwärts" bei einer Aufenthaltszeit bis zu einer Woche per Kreuzband nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 10 Pf., Sonntags 15 Pf. (pro Woche 70 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts" auf dem billigeren Wege der Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementsbetrage nur die Postbestellgebühren von 72 Pf. pro Kalendermonat. Wenn Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabestelle oder die Hauptexpedition des „Vorwärts", Berlin SW 68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenkolonisten
wird der „Vorwärts" durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laube ist erforderlich.

Postabonnenten
müssen die Nachsendung unter Beifügung von 50 Pf. in Marken mindestens 2 Tage vor der Abreise schriftlich bei der Zustell-Postanstalt beantragen.

Vorwärts-Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher Dönhoff 292-297

Großer Stoffdiebstahl.

In der vergangenen Nacht wurde von bisher noch unbekannten Tätern in die Geschäftsräume der Firma A. Hübscher, Königstraße 63, eingebrochen. Es wurden etwa 3000 Meter verschiedenfarbige englische Herrenanzugstoffe gestohlen, die nach vorläufiger Feststellung einen Wert von etwa 35000 Mark darstellen.

Die 42. Jahresversammlung des Deutschen Guttemplerordens findet vom 1. bis 7. Juli in Berlin statt, und zwar in den Gesamträumen der Kroll-Oper am Platz der Republik.

Im Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43, spricht Mittwoch, abends 6 Uhr, Prof. Moser über den Kreislauf des Stoffes.

Allgemeine Wetterlage.

Deutschland lag am Dienstag im Bereiche eines Hochdruckgebiets, das ganz Mitteleuropa heiteres Wetter brachte. Im Binnenlande waren auch die Winde meist schwach. Die Temperaturen erreichten fast allgemein mehr als 20 Grad und stiegen in Süddeutschland sogar auf 27 Grad im Schatten. Das mitteleuropäische Hoch verlagert sich unter Verflachung langsam nach Osten. Allmählich rückt von Westen eine Störung nach, die am Dienstagabend sich über Ostengland befand. Bei der Ostwärts-Bewegung dieser Störung dürften wir unter gewitterartigen Regenfällen in den Bereich etwas kühlerer ozeanischer Luftmassen kommen. Bis zum Mittwochabend wird uns aber die Abkühlung voraussichtlich noch nicht erreicht haben.

Wetteraussichten für Berlin. Zunächst noch ziemlich heiter und warm, später zunehmende Gewitterneigung. — **Für Deutschland.** Im Osten und Süden beständig und warm, im übrigen Reiche westostwärts fortschreitende Abkühlung mit Gewitterregen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand, Mittwoch, 17. Juni, 20 Uhr, Jugendleitersitzung im Gausitzungssaal. — **Mittwoch, 17. Juni. Prenzlauer Berg** (Jungbanner): Laufend jeden Mittwoch, 20 Uhr, in bekannter Turnhalle. Nähere Anweisungen ergehen dort. Heil. — **Donnerstag, 18. Juni. Lichtenberg** (Ortsverein): 19½ Uhr große Funktionärversammlung bei Rabeast, Normannenstraße 38. Erscheinen Pflicht. **Pankow** (Ortsverein): 20 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Neumann, Pankow, Mendelstr. 17. — **Freitag, 19. Juni. Charlottenburg** (Jungbanner): 20 Uhr Jugendheim Spreestr. 20. Referat Kam. Polizeihauptmann Ende: „Sei Kämpfer der Republik und nicht Mitläufer". **Neukölln-Britz,** 1. Kameradschaft: 20 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Gambrinus, Neukölln, Kaiser-Friedrich- Ecke Treptower Straße. Alle Kameraden erscheinen in Bundeskleidung. **Lichtenberg:** Um 20 Uhr haben Mitgliederversammlung in den bekannten Lokalen die Kameradschaften **Herzberge** und Tranplatz. Alle aktiven und passiven Kameraden müssen erscheinen. — Kameradschaft Gustav Tempel: 20 Uhr auf dem Schießplatz des KBS., Ursulaweg. — **Kameradschaft Rummelsburg** trifft sich 19 Uhr bei Kam. Klose, Kupprechtstraße.

Longfellow English Debating Club: Mittwoch, 20 Uhr, Zahnärztehaus, Bülowstraße 104, Guttmannsaal: Mrs. Bevyn: „An English Woman in China".

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Mittwoch, 17. Juni.

24. Abt. Gruppe der jüngeren Parteigenossen bei Müller, Carmen-Sylva-Straße 85. Referent Genosse Reinemann: „Leipziger Parteitag und die Jugend".
38. Abt. Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder 20 Uhr bei Busch, Tilsiter Straße 27. Diskussion: „Das Ergebnis des Leipziger Parteitages". Referent Viktor Krüger.
48. Abt. 20 Uhr Jugendheim Wassertorstr. 9. Diskussionsabend der jüngeren Genossen.
85. Abt. Mitgliederversammlung im Birkenwäldchen, Manteuffelstraße, gegenüber dem Volkspark. 1. Bericht vom Reichsparteitag, Genosse Hüle. 2. Die Gefahren der Notverordnung, Genosse Dr. Ollendorf. Mitgliedsbuch legitimiert. Der 11. Bezirk hat die Saalkontrolle.
88. Abt. 20 Uhr Vorstandssitzung bei Oehlam.
94. Abt. Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder in der Lesehalle Rogateiche Ilsestraße.
119. Abt. Die Teilnehmer an der Dampferfahrt am 19. Juli werden gebeten, sich umgehend in die Listen der Bezirksführer einzuzeichnen oder ihre Teilnahme bis spätestens 25. Juni dem Genossen Birkhölzer, Rathausstr. 1, anzuzeigen.

Morgen, Donnerstag, 18. Juni.

14. Kreis. 14 Uhr Erwerbslosenzusammenkunft im Heim Böhmische Str. 1—3. Pünktlich erscheinen. — Freitag, 19. Juni, 19½ Uhr, engerer Kreisvorstand und Abteilungsleiter im Parteibüro.
20. Abt. 20 Uhr Aussprachеabend: „Was brachte der Parteitag?" bei Jaknick, Schwedenstr. 11.
38. Abt. 20½ Uhr Abteilungsvorstandssitzung bei Bartsch, Friedenstr. 88. Es darf diesmal kein Vorstandsmitglied fehlen.
99. Abt. Beckers Gesellschaftshaus, Chausseestr. 97. Mitgliederversammlung. Dr. Kurt Rosenfeld, M. d. R.: „Bericht vom Parteitag und die neue Notverordnung".
124. Abt. Mitgliederversammlung bei Anders, Bahnhofstr. 35—37. Thema: „Parteitag und Notverordnung". Referent Kreisvorsitzender Genosse Fritz Thurm.

Frauenveranstaltungen.

1. Abt. Der für heute, 17. Juni, angesetzte Frauenabend wird wegen der Kreismitgliederversammlung auf den 24. Juni verschoben.
8. Abt. Donnerstag, 18. Juni, Treffpunkt zur Besichtigung des Altersheims Biesdorf 14 Uhr Bahnhof Großgörschenstraße.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

6. Kreis. Donnerstag, 18. Juni, 19½ Uhr, bei Krüger, Grimmstr. 1. Zusammenkunft der Helfer(innen) der Arbeiterwohlfahrt, Fürsorger(innen) und Kreisausschußmitglieder. 1. Referat der Genossin Dr. Maria Faßbender über „Die Behandlung psychopathischer und verwahrloster Jugendlicher". 2. Genosse Feuerstein: „Mitarbeit der AW. an der Trinkerfürsorge des Bezirksamtes".

7. Kreis. Freitag, 19. Juni, 15 Uhr, Besichtigung des Waisenhauses Rummelsburg. Treffpunkt 14½ Uhr Bahnhof Zoo oben. Interessierte Genossen können in beschränkter Zahl teilnehmen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Berichtigung! Die Zusammenkunft aller Helfer und Gruppenführer für die Aufmarschprobe findet heute um 20 Uhr in der Karl-Marx-Schule, Neukölln, statt.

Die Kreise Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Zehlendorf, Steglitz, Treptow, Weißensee und Pankow werden gebeten, heute zwischen 18 und 19 Uhr die Handzettel zur Sonnenwendfeier abzuholen.

Kreis Friedrichshain: Heute, Mittwoch, 18—19½ Uhr, Spielen aller Falken auf dem Sportplatz im Friedrichshain. Zutritt nur mit Falkenausweis. Sonntag Fahrt nach Friedrichsfelde. Treffen 7¼ Uhr Weberwiese. Kosten 15 Pf. Ende 20 Uhr. Falken aus allen Gruppen können teilnehmen. — **Gruppe Landsberger Platz:** Sonntag Gruppenfahrt nach Friedrichsfelde. Anmeldung Donnerstag und Freitag im Heim. Kosten 15 Pf.

Kreis Prenzlauer Berg: Die letzte Untersuchung der Zeltlagerteilnehmer findet Freitag, 19. Juni, 11 Uhr, Schule Eberswalder Str. 16, Schularztzimmer, statt. Die notwendigen Helfer stellt der Hort. Vornahme der Abstriche 30. Juni, 11 Uhr, an gleicher Stelle. — **Gruppe Freiheit:** Heute, 17 Uhr, im Heim Sonnenburger Str. 20, Besprechung aller Zeltlagerteilnehmer.

Kreis Charlottenburg: Alle Ferienfahrtteilnehmer (Rotfalken und Zeltlager) müssen am Donnerstag, 18. Juni, 14 Uhr, Berliner Str. 137 zur Untersuchung kommen. Pünktlich sein ist Pflicht. Donnerstag, 18. Juni, 20 Uhr, Helferbesprechung im Heim Rostinenstraße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

21. Abt. Unsere langjährige Genossin Bertha Brause, Pasewalker Straße 3, ist verstorben. Ehre ihrem Andenken! Einäscherung Donnerstag, 18. Juni, 19 Uhr, Krematorium Gerichtstraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Bezirksausschußsitzung morgen, 19 Uhr, im Sitzungssaal des PV., Lindenstraße 3.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr.

Gesundbrunnen, R. F.: Gotenburger Str. 2: „Jugendtag". — **Gesundbrunnen** II: Christianiastr. 39: „Sozialismus im Alltag". — **Arnimplatz** und interessierte Genossen der Abt. Schönhauser Vorstadt: Sonnenburger Str. 20, Zimmer 4: „Der Parteitag". — **Schönhauser Vorstadt:** Spiel und Sport auf dem Exer. 18 Uhr. — **Köpenicker Viertel:** 19½ Uhr Roter Treff. — **Wannsee:** „Lindenhof", Wilhelmplatz: „SAJ. und KJV." — **Lichtenrade:** Roonstraße: „Unser Wandern". — **Bohnsdorf:** Wachtelstr. 1: Lichtbilder: „Nazi in der Karikatur". — **Neukölln** IX: Werben. Treffpunkt 18½ Uhr beim Genossen Klose. — **Köpenick** I: Grünauer Str. 5: Funktionärsitzung. — **Friedrichshagen:** Friedrichstraße 87: „Erste Hilfe bei Unglücksfällen." — **Friedrichsfelde:** Gunterstr. 44: „Aktuelle Fragen". — **Lichtenberg-Mitte:** Scharnweberstr. 29: „Der Parteitag in Leipzig". — **Neu-Lichtenberg:** Hauffstraße: „Soziales Wandern". — **Lichtenberg-Nord, R. F.:** Gunterstr. 44: „Moderner Tanz oder Volkstanz". — **Lichtenberg-Nordwest:** Dossestr. 22: „Die Parteitage der SPD." — **Karow:** „Pankgrafen", Bahnhofstr. 1: „Alkohol und Nikotin". — **Pankow, R. F.:** Kissingenstr. 47: „Fürsorgeerziehung — Jugendgefängnis". — **Westen,** Arbeitsgemeinschaft: „Der Parteitag in Leipzig". Referent Genosse Dr. Walter Pahl.

SSG. Westen: 18 Uhr Nollendorfstr. 4: „Wie bekämpfen wir den Faschismus?"

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Alle Interessenten für Ferienfahrten anschließend an den Frankfurter Jugendtag 20 Uhr Sonnenburger Str. 20, Zimmer 3.

Werbebezirk Kreuzberg: Brixer Str. 27—30: „Kulturreaktion und Jugend".

Werbebezirk Neukölln: Sprechstunde 17½—19½ Uhr Ganghoferstraße. — Sprechchorprobe 19½ Uhr Kanner Straße.

In Sachen der Kukirol-Fabrik Kurt Krisp gegen die Firma Deutsche Schollwerke G. m. b. H., Frankfurt a. M., teilen die Schollwerke mit, daß sie beim Landgericht Frankfurt a. M. eine einstweilige Verfügung erwirkt haben. Nach diesem Beschluß wird der Kukirol-Fabrik untersagt, den Kunden und Abnehmern der Schollwerke mitzuteilen oder durch öffentliche Mitteilungen bekanntzumachen, daß die Kunden und Abnehmer der Antragstellerin nicht berechtigt sind, die Mittel der Firma Scholl zu propagieren oder zu verkaufen, sobald auf den Artikeln, Packungen, Prospekten der „Dr.-Titel" angebracht sei.

Muß das sein? Muß der Waschtag immer in dieser Hast verlaufen? Müssen die guten Vorsätze an der Unzulänglichkeit einer überlieferten Waschmethode scheitern? Nein, das muß anders werden! Krisenstimmung im allgemeinen und Ermüdungserscheinungen im besondern kommen nicht mehr vor, wenn Sie nach der arbeits-, zeit- und geldsparenden Persilmethode waschen.

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwende man die reizmildernde und kühlende Leodor-Fett-Creme. Tube 60 Pf. und 1 Mk. Wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife Stück 50 Pf. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Qualität: DUNLOP

Max Dortu: Die Dachrinne

Dieses ist das Schwesternhaus, das Waisenhaus, es ist auch eine Nähschule drin, wo fleißige Jungfrauen Kleider und Wäsche schneidern lernen. Und dies hier ist der Karl, Kollege Dachdecker, zwanzig Jahre alt — jawohl: ein strammer Junge, rot und braun von Sonne und Sturm, Augen schiefergrau, der Mund ein kühner Purpurschnitt, Muskeln wie Alt-Griechenland — und große Hände von guter Fruchtbarkeit, mit solchen Händen baut man die Welt neu. Nun — Karle, mach dich mal aufs Dach hinauf — das Schwesternhaus will am Dach gesäubert sein, die Dachrinne ist verstopft, von Spatzennestern — oder, mag der Teufel wissen, wovon sonst? Da sind auch 'n paar neue Schieferplatten einzusetzen, der Blitzableiter ist nachzusehen — los: Karle, lustig, aufs Dach!

So, da wären wir nun — unterm Dach, auf dem Speicherboden, Mensch, was für 'ne Hitze — nur schnell durch die Dachluke ins Freie — an die Luft, in den blauen Himmel hinein — Luft und Sonne sind Freiheit. Was machen wir zuerst? Mal die Rinne reinigen — wahrhaftig, sie ist ganz voll Dreck — und da, im Abflußloch der Dachrinne liegt ein Ball — ein Kinderball — da kann 's Regenwasser freilich nicht abfließen. Probieren, leis mit dem Fuß antreten, sind die Haltehaken der Rinne solide? Ei, gewiß doch, das Haus ist noch nicht alt, da ist noch nichts durchgerostet und abgemörtelt, nichts gerissen und nichts zerschlissen. Aber immerhin, wir wollen auch der Vorschrift genügen, das Leben ist einem jeden lieb — jeder Hochtourist seilt sich an, und jeder Dachdecker ist ein Hochtourist: anseilen! Die Leine, ja: sie ist stark und fest, bester Hanf — die Leine um den Schornstein herum —, horrijeh noch mal, hier unterm Schornsteinrand sitzt wahrhaftig ein Schwalbennest: pieppieps — guten Morgen, liebe junge Schwälblein!

Sohooo — da ist Freund Karle, nun an der Arbeit, mit seinem Handbesen säubert er die Dachrinne — nehmt euch in acht dadrunten, 's fällt allerhand hinab: alles Gute kommt von oben! Karle, das sieht ganz gefährlich aus — wenn du da oben so auf der Dachrinne herum jonglierst — wenn nur nichts passiert. Och, was soll denn groß passieren, guck doch das Seil: dreimal um den Leib, zweimal um den Schornstein — und Spielraum hat die Leine genug — ich steck mir erst mal 'ne Zigarette an — mein Chef raucht ja auch, bei der schwarzen Kathi, im kühlen Weinkeller. Heisajuchhei — wie sie mich umsaufen, die Schwi-Schwo-Schwalben — krikri: so geht das mit jubelndem Schrei ums Haus herum — ein Schwalbentanz rund um den Dachdecker Karle. Mensch, wie is das Leben so scheen!

Plötzlich, die Sonne tut einen Rutsch — Karle weiß selbst nicht, wie 's kam, wie 's ging — er hört nur einen vielstimmigen Schrei, irgendwer — irgendwelche haben Angst: sicher nicht der Karle — der hat keine Angst. Und im nächsten Augenblick springt ein helles Gelächter auf, ein lustiges Mädchengeschrei — juho, 'n Fisch, er sitzt an der Angel, er zappelt vor unserem Fenster. Ihr Nähmädchen, ein Geschenk des Himmels, ein blitzschöner junger Bursch — er zappelt im Blauen: vor Herz und Welt! Fangt ihn, fangt ihn, den Fisch. Und sie packen ihn, die Mädchen, bei den Beinen haben sie ihn — den Dachdecker Karle — falsch gesagt: „sie packen ihn" — nur eine hat ihn, das Friedchen ist es, das schönste und stärkste und mutigste Mädchen von der ganzen Nähschule — Friedchen zieht den abgerutschten Jungdachdecker, den schwebenden Himmelsfisch, zu sich ins offene Fenster der Nähschule herein — da steht er, glühend, frisch und gesund, der Karle. Junge, Junge, is nix passiert? Och was — jei: hier, die rechte Hand, die is 'n bißchen abgeschabt, da geht 'n Stück Fell 'runter — weiter nix — der verfluchte Haken von der Dachrinne, der gab nach — daher der Sturz — das Seil war aber gut. Wir gratulieren von Herzen, Herr Hochtourist — Glückauf und Glückab vom Dach!

Am nächsten Sonntag war Tanz. Im Grünen. Im „Lindenhof", Vorm Stadttor. Die Linden blühen und duften. Das Bier schäumt weiß auf Geld. Und unter den Lindenbäumen wirbeln die bunten Paare — auf dem buchenhölzernen Tanzboden. Chottsverdek: wer sind denn die zwei flotten Tänzer da? Die? 'ne Dachschwalbe is der eine — der Karle, der neulich den Sturz tat — er ist der Fisch vom Fenster der Nähschule, der Fisch, den sich das Friedchen einfing — Karle und Friedchen sind die beiden glänzenden Tänzer — zickzack, der freie Sonntag!

Ja — sie waren nun ein Paar, der Karle und 's Friedchen — junge Liebesleute: die der Zufall zueinander brachte — mancher Sturz führt ins Glück! Aber zum richtigen Glück fehlt dem Karle und dem Friedchen noch was: Friedchen seufzt abends im Mondschein — hoo Karle, wenn wir doch verheiratet wären, dann ja, dann ja — — bums, da fällt ein Stern, mitten ins Dach der Linde hinein.

Heiraten — ja, ganz scheen, aber zum Heiraten gehört auch Geld — und Geld, woher nehmen? Kleinigkeit, die ganze Welt schwimmt in Geld, guck dir doch die vielen Autos auf den Landstraßen an — haben die Autoonkels vielleicht kein Geld? Benzin, Wein, Zigarren, Braten, schöne Damen — is alles da, ein reicher Strom fließt über alle Landstraßen. Und Dachdecker Karle schwimmt auch auf der Landstraße — zu Fuß, auf der Suche nach dem Glück, auf Jagd nach Geld — alles der Heirat wegen. Haaa — das liebe, liebe Friedchen, wie hat sie beim Abschied geweint — komm nur bald wieder, mein Schatz!

Und nach vier Wochen Wanderschaft war auf der Herberge 'n Brieschen und 'n Päckchen da, vom Friedchen: Mein lieber Fisch, ich habe soviel Sehnsucht — und in dem Paketchen sind 'n Paar Strümpfe drin — ich habe sie selbst gestrickt, ich habe sie grau genommen, das schmutzt nicht so. In Treue — und so weiter. Dein Friedchen!

Es hat lange gedauert — erst kam 'ne lumpige Ansichtskarte: Arbeit gefunden. Kuß. Karle. Dann kam 'ne Postkarte ohne Ansicht, so: Ich habe 'ne Idee, wir heiraten bald, Brief folgt. Dein Fisch! Aber der Brief wollte und wollte nicht kommen — endlich, er is da, er is da — der Brief, der Brief, schnell ins Dachzimmer hinauf, daß niemand den hohen Herzschlag des Friedchens sieht, der Brief, der Brief, mein Fisch, mein Karle.

Liebstes Mädchen. Wir sind fünf Mann — alles starke und tüchtige Brüder — wir haben uns zusammen getan — zu einer Gilde, zu einer Gemeinschaft, wir nennen uns: Sozialer Dachbetrieb! Wir fünf arbeiten selbständig, wir haben Arbeit genug, mehr als wir leisten können, wir arbeiten Hand in Hand mit der Sozialen Bauhütte — und das Opernhaus sollen wir auch eindecken, der Baumeister ist Genosse, und die Sänger und Sängerinnen sagten — am liebsten hätten wir ein Kirschdach über dem Kopfe — rote liebe Früchte, da könnten wir immer naschen! — Wir verdienen hier gut, was sonst der Unternehmer einsteckte, das geht nun in fünf Teile — unsere Arbeit wird nicht mehr von der Profitrate beschnitten — wir arbeiten glatt — unter Vollwert, nix da Mehrwert für den Unternehmer. Friedchen, nächstes Jahr heiraten mer. Den Ring habe ich beim Goldschmied extra so bestellt — zwei rote Rubinen in braunem Gold, du hast ihn nun woll, den Verlobungsring, wenn er zu weit ist, dann kannste ihn mit deinen blanken Zähnchen ja 'n bißchen zusammen beißen. In Treue — Dein Schatz.

Walther Appelt: Aus Sachsen

Fußball.

Awr sowas Kindsches! Das sinn doch richdje Männer.

— Was hamm dn sie gedacht? Filleichd Bubben ausn Bubbendeahder?

Ich weeß selwer nich. Ich bin nämlich ganz zufällig hier reingekomm, weil ich die andern reingehn sah. Das iß doch ä Schbordblatz?

— S schdeht doch dran. Da werds wohl ooch eener sinn.

Awr die duhn doch Ball schbieln.

— Na und?

Das iß doch kee Schbort.

— Was denn sonst?

Ae Kinderschbiel. Unn dort der eene, den kenn ich iewrhaubt. Der iß sogar serheirahd. Also 's iß doch nich zu gloom. Schdadd daßr hibbsch mit seiner Frau unn sein Kindern schbaziern geht, wie sichs an Sonndach geheert . . ., de hubbde hier rum mit solchen kurzen Hosen unn so enn bunden Jumber unn schbielt midn Balle. Unn ooch noch for alln Leiden! Nich emal enn Schdehkragen hadr um zum Sonndach. Daß das den seine Frau erloobt. Ennende weeß dies garnich. Wer weeß, was der der erzählt, wo'r hingeht.

— Machen se doch nich solchen Kwadsch! Sie kenn een doch unn dn gansen Genuß bring mit ihrn alwernen Gekwadsche.

Um gansen Genuß? Sie, was ißn das fr ä Genuß? Das missen se mir mal sagen. Denn ihrn Schbiel zuzugucken, das iß bei ihn' ä Genuß? Worin beschehd dn der?

— Nu, in dr Schbannung.

In dr Schbannung? Off was sinn sie dn da geschbannt?

— Awr sie sinn dämlich. Off was werd mrn geschbannt sinn? Wer gewinnt!

Wie dn: wer gewinnt? Die balln wohl um de Wedde? Das geht wohl um Breise?

— Nu klar. Unn außerdem ums Ehrgefiehl.

Ach, wohl wer'n am heechsden schmeißen kann, hat gewonn? Oder an weidesden?

— Nee, um de eenzelnen Schbieler handelt sich das nich. Das sinn doch Mannschafden. Un die Bardei, die an besten schbield, die hat ähm gewonn.

Wie dn: die Bardei?

— Nu, das sinn doch zwee Bardein!

Zwee Bardein?

— Nu ja Hiem die eene, unn driem die andre. Sehnse, dort die mit den geschdreifden Musder, das sinn. . .

Danke scheeen. Awr sie brauchen mir das nich weider zu erleidern. Wenn das zwee Bardein sinn, da indressiert mich das nich mehr. Fr Balledik habbich nämlich nischt iewrig. . .

Graphologie.

Sie! Was ißn das: Graffelochie?

— das iß laddeinisch, unn heeßt off deitsch: Handschrifdendeidung.

Unn da machen se solche Briehe drfon? Das ferschdeh ich ja nu nich. Schdadd dasse froh sinn, dasse aus der Schule raus sinn unn keene Angst mehr zu hamm brauchen, ob se in Scheenschreim enne guhde Zensur kriegen oder enne schlechde, do bezahln se sogar noch Geld drfor. Wo das heidzudahche iewrhaubt ganz eegal iß, seiddem de Schreibmaschine erfunden iß. . .

Das kommt doch nich offs Scheenschreim an, sondern off de Karakter-Eigenschafden. Die wern doch aus dr Handschrift rausgelesen.

Das gibbds doch garnich.

— Nadierlich gibbs das.

Wiefo denn?

— Nu, ä Mensch, der meindwegen schbarsam feranlagt iß, der macht keen Schdrich zufiel. Unn wer ordentlich iß, der setzt ooch beim schreim hibbsch een Buchschdahn nähm dn andern. Unn wer großziegig iß, der läßt meindwegen de I-Bunkte weg. Un wer ä schdolsches Wesen hat, der macht bein harten Bee immer unden so ne Ferzierung rann, unn so weider.

Awr da kommt doch nischt drbei raus, wenn das aus der Handschrift gedeidet werd. Das weeß doch sowiefo jeder, wie er iß. Da brauchdr doch keen . . . wie heeßt der? . . . keen Graffelochen drzu. Unn iewrhaubt: dähden sie filleicht fimf Mark bezahln, daß ihn womeeglich nachher eener sagt: Sie sinn ä schlechder Mensch, sie hamm kee Dalent zr Liewe. Oder sie sinn ä sanftes Gemted, awr se wissen nich, wasse wolln.

— Warum solldn das keen Zweck hamm? Da kamer doch nachher an sich arweiden, dasses besser werd.

Das werd wohl in unsern Alder nich mehr fiel nitzen.

— Un gans abgesehen dafon. Nemmse zum Beischbiel mal an, es kann doch eener ooch gerne mal enn andern Menschen innewendj neingucken wolln. Meindwegen wennr enne Liebsde hat, unn er iß sich noch nich richdig schlissig, obr se nemm soll, oder nich. Manche endbubbt sich doch midr Zeit ganz andersch, als wie ses forher ferschbrochen hat. For sowas kammr sich jetzt schitzen. Da läßt mr sich einfach enn Liewesbrief schreim, unn da drmit geht mr zum Graffeloochen, unn läßt sich deiden. Unn wenn der sagt: Heernie, wer die mal heirahd, der hat nischt zu feigen, die iß schdreidsichtig unn gewalddädig . . ., da kannr noch rechtzeitig abhaun.

Awr da ließt doch der Graffelooche de gansen Geheimnisse, die filleicht in den Brief schdehn.

— Die kammr doch forher durchschdreichen, eh mrn den Brief gibbt. Fr den geniegen schon ä baar Zeiln, wo se fieleicht fon Wedder erzählt, oder son ihrn kleen Bruder seiner ferschdauchden Färsche.

Das geht den ooch nischt an! Un was mier grade noch einfällt: warum sollns denn die jung' Leide heidzudahche besser hamm wie mir damals? Das iß doch im heechsden Grade ungerecht. Mier hamm doch frieher solche Hilfsmiddel ooch nich gehabbt. Unsre Heirahderei war doch ooch ä Lodderieschbiel, wos mehr Nieden gab wie Haubdgewinne. Nee, wenns nach mir ging, da mißde die Graffelochie ferboden wern. . .

Frühaufsteher.

Gudden Dahch! Ooch schon so zeidj offn Been'? Das freit mich. Wenns nach mir ging, da mißden de Menschen alle Friehoffschdeher sinn. Da wär fieles besser in de Welt. S heeßt doch nich unsonst: Morgenschdunde hat Gold im Munde. Awr halden fes fr meeglich, da gibbds weiche, die sehn das nich ein. Das begreif ich nich. Was mich anbedrifft, war das son dr friehsden Kindheet an mei Brinsieb. Ihrsch ooch, nowr?

— Nu, offen gesagt, aus Begeisderung bin ich nich grade so zeidj offgeschanden. Mich wern se selden so beizeiden dreffen. Awr gesdern ahmd habb ich enn kleen Schwibbs gehabbt, unn da kann ich hinderher allemal nich schlafen. Da brummt mir so dr Schädel, unn in Bedde drickt alles so, daß ich denk, ich muß erschdicken. Drum habb ich heide mal enn kleen Morgenschbaziergang gemacht. Awr mit Brinsieb unn so hat das nischt zu duhn. In Gegendeil. Ich kann mir nich forschdelln, inwiefern Morgenschdunde Gold im Munde hamm soll.

Nee? Awr schbiern se denn das nich? Wie scheen das kiehlt, unn wie's een da wieder klar in Kobbe werd?

— Das schdimmt schon. Awr ich habb doch nich jeden Dahch enn Kahder.

Das is ooch nich needj. Machen se nr mal de Brohwe offs Exembel, unn schdehn se frieh ähmso zeidj off wie heide, wenn se mal keen hamm. Da wern se sehn, daß ich recht habb.

— Da kenn se mir doch ooch mal sagen, wieso unn Warum. Ich meene, was das mit den Gold bedeiden soll, was de Morgenschdunde in Munde hat.

Ach so. Ja. Also wissen se, die Morgenschdunde, das iß de scheenste Schdunde son ganzen Dahch. So iß das zu erklären, wenmer sagt, die hat Gold in Munde. Das iß ähm so ä Fergleich.

— Nu ja, awr, da muß doch was drhinder schdecken, ich meene ärgendwas Bosidieses. So ä Fergleich muß doch enn Sinn hamm.

Nadierlich hat der enn Sinn. Das iß doch ä Schprichwort. Unn die Schbrichwärder hamm doch alle enn Sinn.

— Na, da sagen se mrsch doch mal, was fr een! An sich hat doch de Morgenschdunde nischt mit Gold zu duhn. Unn enn Mund hat se doch iewerhaubt nich.

So buchstäblich derfene se doch das nich nemm.

— Wie denn sonst? Gold iß Gold, unn Mund iß Mund, unn Morgenschdunde . .

Sie! Wie kammr bloß so hardnäckig sinn?! Wegen so enn Wort. Aehmsoguhd hädde ich doch was andres sagen kenn. Mr muß doch schließlich was reden, wemmr sich so mudderseelnalleene off dr Schdraße drifft. Un ich habb gedacht, sie sinn wärtlich Friehoffsteher, unn frein sich, wenn ich das sag. Dran gloom duh ich doch selwer nich. Bei mir isses nämlich ooch bloß Zufall, daß ich heide mal schon so beizeiden raus bin.

— Ich denke, das machen sie aus Jewrzeichung, jeden Morgen?

Um Goddeswilln! Da wär ich doch alwern. Die Sache iß die: ich gloowe, in mein Garden werd heide Nacht de erschde Erdbeere reif geworden sinn, die war nämlich gesdern schon halwegs rohd. Awr die schdeht so nahe bein Zaun, unn da geht ooch noch grade dr Weg frbei. Wenn ich mich da nich drzu halt, da komm ich zu schbät. Da hamm se se mir gemaust.

Furchtlose Spinnen

Daß Spinnen sich keineswegs nur von Insekten nähren, sondern daß ihre großen Abarten sich auch Fische, Eidechsen, Salamander, Frösche, Kröten und Schlangen als Beute erwählen, ist schon häufig beobachtet worden. Der Naturforscher W. Gudger berichtet hierzu noch einige andere markante Fälle, in denen Spinnen ihre furchtlose Angriffslust bewiesen haben. In der bekannten Schlangenfarm zu Butantan in Brasilien wurden Riesenspinnen, die 6 Zentimeter, bei ausgestreckten Beinen 20 Zentimeter lang waren, beobachtet, wie sie Schlangen in den Kopf bissen, sie dadurch lähmten, dann den Kopf der getöteten Schlange mit den Mandibeln aufknackten und den Körper im Lauf von zwei Tagen allmählich aussogen, bis nur mehr vertrocknete Ueberreste übrigblieben. In Mexiko wurde im Freien der Angriff einer Spinne auf eine Klapperschlange beobachtet, die dabei zuerst sehr laut klapperte, bis sie in Krämpfe verfiel und endlich mit dem Klappern ganz aufhörte. Nach einer Minute war sie tot. In einem anderen Fall wurde ein 35 Zentimeter langes Chamäleon in drei Minuten durch das Spinnengift getötet. Spinnen, die versuchsweise mit Schlangen in einen Käfig gesperrt wurden, verschmähten Insekten als Nahrung. Eine Spinne war so gefräßig, daß sie in vier Tagen zwei 6 Zentimeter lange Frösche und zwei kleinere Schlangen verspeiste, dann mußte sie sich freilich durch ein zweiwöchiges Fasten von ihrer Schwelgerei erholen. Es scheint, daß so die Spinnen in der Natur auch der zur starken Vermehrung schädlicher Schlangen entgegenwirken. Gewisse Spinnen sind aber auch imstande, Netze aus sehr kräftigenn Fäden zu spinnen, so daß sich sogar Vögel darin verfangen. Dabei zerreißen sie das Netz und drehen bei den Befreiungsversuchen die herabhängenden Fäden zu einem starken Kabel zusammen, das sie nicht zerreißen können. Die meisten Vogelspinnen fangen aber ihre Beute nicht im Netz, sondern stürzen sich auf sie, besonders auf Nestvögel, die noch nicht flügge sind, und töten sie durch einen Biß ins Genick. Die in Madagaskar heimische Spinne Halabé erzeugt so starke Fäden, daß man daran dachte, sie in Farmen zu züchten und die Fäden für technische Zwecke, als Gespinstmaterial zu sammeln. In Indien gibt es Spinnen, die sich von Ratten, Moschusratten, Mäusen und Fledermäusen nähren.

Die Durchschnittstemperatur auf dem Mars schätzt der schwedische Physiker Arrhenius auf minus 40 Grad, also weit unter dem Gefrierpunkt des Wassers liegend. Nach seiner Ansicht sind die rotgelben Teile der Oberfläche des Mars öde, unfruchtbare Wüstenstrecken und die früher als „Seen" und „Meere" bezeichneten Stellen Salzsümpfe, deren Salzmassen in früheren Perioden durch das Wasser aus den Erdschichten des Planeten ausgewaschen wurden. Durch die Einwirkung der Kälte im Winter kristallisiert sich das Salz in großen Mengen, im Sommer aber saugt es Feuchtigkeit auf, wodurch sich allmählich wieder dunkle Lachen von Salzbrei bilden. Arrhenius vertritt den Standpunkt, daß der Mars viel zu kalt sei, als daß es ein höheres organisches Leben dort geben könne; es ist aber möglich, daß es niedrigere Formen des Pflanzen- und Tierlebens gibt, die unter den rauhen Bedingungen gedeihen können. Nach Arrhenius' Annahme hat das Leben auf dem Mars vor Jahrmillionen seine Blütezeit gehabt.

Der erste Zylinderhut auf einem Spaziergang. Im Jahre 1796 trug ein Modejüngling in London den ersten Zylinderhut, der in stattlicher Höhe auf seinem Haupte glänzte. Er erregte nicht nur Aufsehen, sondern auch Angst und Schrecken, und mußte seine Kühnheit mit einem ernsten Verweis büßen. Die Tageszeitung „Times" schrieb darüber folgendes: „Der Sünder wurde wegen groben Unfugs und Verursachung von Straßenunruhen dem Richter vorgeführt. Es wurde bewiesen, daß er auf öffentlicher Straße mit einem Hute auf dem Kopfe erschienen war, den er einen Seidenhut nannte, einem hohen Bau mit glänzendem Scheine, geeignet, furchtsame Wesen in Angst zu setzen." Tatsächlich sagten die Polizisten aus, daß mehrere Frauen bei dem ungewohnten Anblick in Ohnmacht gefallen seien, daß Kinder geschrien haben und daß ein kleines Kind sich aus Angst vor dem Hute zu Boden geworfen und den Arm gebrochen habe.

Der „Idiot". Ein lehrreiches Beispiel für die Wandlung der Wortbedeutung ist das Wort „Idiot". Das griechische Wort Idiot bedeutet zunächst „Privatmann". Ueber den Umweg „der Nichtstaatsmann", „der Unkundige" gelangte das Wort zu seiner heutigen Bedeutung: „der Geistesschwache".

Gegen billigere Kohlen.

Die Kohlensyndikate zur Notverordnung.

Die im Reichskohlenverband vereinigten Kohlensyndikate geben eine Entschließung bekannt, in der es u. a. heißt:

„Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 enthält die Ermächtigung der Reichsregierung, die Untertagearbeiter des Steinkohlenbergbaues und ihre Arbeitgeber ganz oder teilweise und auf begrenzte Zeit von der Beitragspflicht für die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu befreien, wenn dadurch eine angemessene Senkung des Kohlenpreises erreicht wird. Dieser Ausfall an Beiträgen soll der Reichsanstalt vom Reich ersetzt werden. — Es soll eine Senkung der Kohlenpreise, die der deutsche Steinkohlenbergbau bei seiner heutigen wirtschaftlichen Lage aus eigenem Vermögen nicht vornehmen kann, durch eine Unterstützung aus Reichsmitteln, d. h. zu Lasten der Allgemeinheit der Steuerzahler, ermöglicht werden. Die im Reichskohlenverband vereinigten Kohlensyndikate sind demgegenüber der Auffassung, daß eine Senkung der Kohlenpreise, so wünschenswert sie an sich sei, wirtschaftlich verfehlt und bedenklich erscheinen müsse, wenn dieses Ziel auf dem von der Reichsregierung beabsichtigten Wege ermöglicht werden soll. Sie sind der Ansicht, daß die Einsetzung von Reichsmitteln zur künstlichen Beeinflussung der wirtschaftlichen Preisbildung grundsätzlich unrichtig ist.

Würde dies nach Ansicht der Syndikate schon dann zutreffen, wenn die Mittel aus einem gesunden Reichshaushalt flüssig gemacht werden könnten, so um so mehr im vorliegenden Falle, wo dieser Haushalt sich im Zustande einer schweren Krise befindet und schon die Mittel zu seinem Ausgleich auf vielfach stark beanstandetem Wege aufgebracht werden sollen. Schon vor Erlaß der Notverordnung haben Vertreter des Bergbaues der Reichsregierung gegenüber keinen Hehl aus ihrer Ueberzeugung gemacht, daß bei der heutigen Verfassung des Weltkohlenmarktes eine Preisermäßigung, wie sie die Regierung mit ihren Maßnahmen ermöglichen will und die auf den gesamten Steinkohlenabsatz bezogen etwa 30 Pf. je Tonne ausmachen würde, keine Vermehrung des Kohlenabsatzes durch entsprechende Besserung des bergbaulichen Arbeitsmarktes zur Folge haben wird. Daß aber nicht die Rede davon sein kann, mit einem Betrage von 26 bis 28 Millionen Mark, die in einem Zeitraum von neun Monaten zur Verfügung gestellt werden würden, die deutsche Wirtschaft anzukurbeln, dürfte auch für denjenigen, dem wirtschaftliche Zahlengrößen wenig geläufig sind, verständlich sein. Die Syndikate geben schließlich ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß durch die Ankündigung der Regierungsabsicht und insbesondere durch die Ausführungen, die der Reichsfinanzminister dazu gemacht hat, eine starke Beunruhigung in die Kreise der Kohlenverbraucher getragen ist, mit dem Erfolg, daß die ohnehin so wenig erfreulichen Absatzverhältnisse des Kohlenbergbaues auf das Empfindlichste gestört worden sind."

Diese Erklärung zeigt, daß die Kohlenherren entweder eine Kohlenpreissenkung überhaupt nicht oder nur dann wollen, wenn die Subvention aus Beitragserlaß bzw. Steuermitteln erhöht wird. Das letztere wird allerdings nicht offen gesagt. Da die Kohlenpreissenkung als wünschenswert erklärt wird, haben die Kohlenherren die Möglichkeit, sie von sich aus durchzuführen. Sie geben dem Reichswirtschaftsminister sonst das Recht, die Senkung der Kohlenpreise zu erzwingen. Das liegt um so näher, als eine solche Preissenkung wirklich die Wirtschaft gerade im gegenwärtigen Augenblick ankurbeln könnte und die Kohlenherren dann nicht darüber zu klagen hätten, daß die Ankurbelung der Preissenkung ihnen das Geschäft verdorben hat. Daß die Kohlenherren auf die Subvention verzichten, wird dem Reichshaushalt ein weiterer Schritt zur Gesundung und für die Reichsregierung eine Mahnung sein, die Gelder zur Milderung der sozialpolitischen Härten der Notverordnung zu benutzen.

Ericsson wird amerikanisch.

Ein neuer Schritt zur Monopolisierung des Nachrichtenwesens.

Der große schwedische Ericsson-Konzern, die zweitgrößte europäische Telephonbau- und Telephonbetriebs-Gesellschaft, die bisher von dem schwedischen Zündholzmagnaten Ivar Kreuger beherrscht wurde, ist jetzt in amerikanische Hände übergegangen.

Ivar Kreuger hat sein Aktienpaket an die International Telephone and Telegraph Corporation verkauft. Für den amerikanischen Konzern bedeutet diese Einflußnahme eine ganz wesentliche Erweiterung seiner internationalen Machtstellung. Es ist etwa zwei Jahre her, daß über Verhandlungen zwischen Ericsson und der International Telephone and Telegraph Corporation Gerüchte verbreitet wurden; es soll sich damals um Besprechungen über ein gemeinsames Vorgehen in den südamerikanischen Ländern gehandelt haben, wo sowohl Ericsson als auch der ITT.-Konzern über ausgedehnte Telephon- und Telegraphennetze verfügen. Das unaufhaltsame Vordringen des ITT.-Konzerns gerade auf dem südamerikanischen Kontinent zeigt unverkennbar ein Streben nach Monopolisierung des gesamten südamerikanischen Nachrichtenverkehrs sowohl auf dem Telephon- und Telegraphen- als auch auf dem Kabel- und Funkgebiet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es zunächst die lateinamerikanischen Beteiligungen (Argentinien, Mexiko usw.) des Ericsson-Konzerns gewesen sind, die den ITT.-Konzern am stärksten interessiert haben.

Abgesehen davon ist gegenwärtig für kapitalkräftige Gruppen der Bau von Fernsprechgeräten und der Betrieb von Nachrichtenorganisationen, selbst in der Krise, ein unverändert glänzendes Geschäft. Sowohl der ITT.-Konzern, der im Jahre 1930 einen höheren Gewinn erzielte als 1929, als auch die Ericsson-Gesellschaft geben davon Zeugnis. Ericsson erzielte im Jahre 1930 einen Reingewinn von 7,2 Millionen Kronen gegenüber 7,1 Millionen Kronen im Jahre vorher. Die Gesellschaft konnte wieder 8 Proz. Dividende verteilen. Im Geschäftsbericht von Ericsson wurde ausdrücklich betont, daß die Weltkrise die günstige Entwicklung nicht aufgehalten habe. Die Verwaltung glaubt sogar, wie damals mitgeteilt wurde, daß eine Wirtschaftskrise die Nachfrage nach Fernsprecheinrichtungen nicht vermindere, sondern sogar den Bau neuer Anlagen günstig beeinflusse.

Man wird diesen Ausführungen noch etwas anderes hinzufügen können: in den meisten europäischen Ländern ist es der Staat, der den Fernsprechbetrieb ebenso wie das Telegraphenwesen, das Funkwesen, die Post usw. beherrscht. Die Krise hat die finanziellen Mittel vieler Staaten so geschwächt, daß einige von ihnen den Fernsprechbetrieb bereits abgegeben haben. So hat der ITT.-Konzern im letzten Jahr das Fernsprechmonopol in Rumänien erworben, Ericsson gemeinsam mit Siemens u. Halske das griechische Fernsprechmonopol; weiter hat Ericsson unter Ausnutzung des Kreugerschen Zündholzmonopols in Polen seine Fernsprechlieferungen nach diesem Lande vergrößern können und bemüht sich augenblicklich um die Erlangung des Fernsprechmonopols in Finnland. Die gegenwärtige internationale Krise ist der gegebene Zeitpunkt für Erweiterungen aller Gruppen, die es auf die Eroberung solcher Positionen abgesehen haben, die bisher in staatlichen Händen gewesen sind.

Der Uebergang des mit einem Aktienkapital von rund 100 Millionen Kronen (115 Millionen Mark) arbeitenden Ericsson-Konzerns an die ITT. ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Monopolisierung des Nachrichtenwesens der ganzen Welt. Für die weitere Entwicklung wird die erfolgte Anbahnung von Arbeitsverbindungen zwischen Ericsson und dem großen europäischen Schwachstromkonzern Siemens u. Halske A.-G. von Bedeutung werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es in absehbarer Zeit wieder zur Aufnahme direkter Beziehungen zwischen der Siemens u. Halske A.-G. und dem ITT.-Konzern kommen wird. Ericsson betreibt ausgedehnte Telephonnetze in Argentinien, Mexiko, auf Island, in türkischen und italienischen Städten; außerdem kontrolliert er Fernsprechfabriken in England, Frankreich, Italien, Oesterreich, Ungarn und einigen anderen Ländern. Die letzten wichtigsten Erweiterungen auf dem Fabrikationsgebiet waren die Erwerbungen einiger schwedischer Fabrikationsgruppen und die verstärkte Beteiligung an einer finnischen Gesellschaft.

Im übrigen zeigt dieser Vorgang, wie eng Ivar Kreuger, der Beherrscher des schwedischen Finanzkapitals, mit den amerikanischen Finanzkräften zusammenarbeitet. Die engen Verbindungen, die insbesondere zwischen ihm und dem amerikanischen Bankhaus Lee, Higginson u. Co. bestehen, sind bekannt. Es ist nicht anzunehmen, daß Ivar Kreuger lediglich wegen der Krise und verstärkter finanzieller Anspannungen den Ericsson-Konzern verkauft hat, vielmehr ist es wahrscheinlich, daß er von vornherein auf diesen Konzern mit der Absicht Einfluß genommen hat, ihn später mit den amerikanischen Interessen zu vereinigen.

Immer noch überhöhte Zementgewinne.

Schles. Portland-Zement zum Kampf um den Markt gerüstet

Seit Jahren verlangt und erhält die Zementindustrie für ihre Produkte ungerechtfertigt hohe Preise. Sie kann das, weil die Konkurrenz durch den hohen Frachtanteil am Gesamtpreis beschränkt ist und weil sich die Industrie überall zu Syndikaten zusammengeschlossen hat. Immer wieder aber entstehen durch den Anreiz der hohen Preise neue Werke, Außenseiter der Syndikate, die von diesen meistens aufgekauft (und stillgelegt) werden. Natürlich werden die Kapitalkosten dafür immer neu in die Selbstkostenrechnung eingestellt. Die Krise hat die Beschäftigung der Zementwerke so stark gesenkt, daß die Konkurrenz der Außenseiter immer unangenehmer wird, daß einzelne Syndikatsmitglieder glauben, in offenem Konkurrenzkampf Vorteile für sich herauszuholen.

Die Schlesische Portland-Zement-Industrie A.-G., Oppeln (Schultheiß-Ostwerke-Konzern) ist auf den kommenden Kampf um den Markt glänzend gerüstet. Schulden nur in Höhe von 1,2 Millionen Mark bei 27 Millionen Kapital, starke offene und stille Reserven; selbst die Beteiligungen mit 7 Millionen Mark sind niedriger als der Kurswert von Dezember 1930 bewertet. Im Jahre 1930 ist der Absatz mengenmäßig um ein Drittel gegen 1929 zurückgegangen; wertmäßig aber war der Rückgang stärker, da die Preise um 10 Proz. gesunken sind. Aber der Bruttogewinn ist nur von 10,2 auf 8,3 Millionen zurückgegangen; und nach erheblichen Sonderabschreibungen kann man immer noch 8 Proz. (im Vorjahr 12 Proz.) Dividende verteilen.

Im Geschäftsbericht wird auseinandergesetzt, wieviel mehr der Konsument an gleichbleibender Qualität als an niedrigen Preisen interessiert sei; man darf das wohl als Eingeständnis für die Ueberhöhung der Preise ansehen. Dann wird ein Loblied auf die Planwirtschaft gesungen, freilich nur auf die der Syndikate. Man erfährt auch, daß die Verluste beim deutschen Zementexport jährlich 30 Millionen Mark betragen. Wieder ein Geschenk ans Ausland auf Kosten der inländischen Verbraucher, ein Erfolg der Syndikatspolitik, die zu einer sinnlosen Ausdehnung der Anlagen geführt hat.

Wie sinnlos in die deutsche Zementindustrie Kapital hineingesteckt wird, zeigt der Geschäftsbericht für 1930 der Portland Zementwerk Saxonia A.-G. Noch im vorhergehenden Jahr sind erhebliche Summen für die Erweiterung der Anlagen ausgegeben worden, ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsmöglichkeit. Tatsächlich wurde das Werk im Oktober 1930 stillgelegt; seit Mitte April 1931 arbeitet es wieder. Der Gesamtabsatz war um 20 Proz. niedriger als im Vorjahr, trotz erweiterter Anlagen. Gleichwohl wird für 1930 eine Dividende von 5 (Vorjahr 10) Proz. auf das Kapital von 1,5 Millionen Mark verteilt. — Nirgends zeigt sich die fehlerhafte Wirtschaftsführung des Kapitalismus so grotesk wie in der Zementindustrie.

Eine neue Baupleite. Schon wieder wird der Zusammenbruch einer Baufirma bekannt. Die Berliner Firma Lerche u. Nippert Hoch- und Tiefbau A.-G. hat die Zahlungen eingestellt. Noch im Dezember 1930 wurde das Aktienkapital von 2,5 Mill. M. um 1 Mill. M. Vorzugsaktien erhöht. Die Mehrheit befindet sich in Händen des Bremer Großkaufmannes Friedrich Roselius (nicht zu verwechseln mit Ludwig Roselius, Kaffee Hag). Bei einem großen Bauvorhaben, das Gesamtkosten in Höhe von 50 Mill. M. verursachte, soll ein Verlust von 2 Mill. M. entstanden sein.

Berliner Millioneninsolvenz. Die Berl. Teppichfirma Fischer u. Wolff hat die Zahlungen eingestellt. Die ungedeckten Schulden sollen sich auf zwei Millionen M. belaufen. Die Verluste haben verschiedene Gründe; Ausfälle sollen bei Schuldnern und bei der eigenen Textilfabrik eingetreten sein.

Stillstand bei Wüstenrot.

Eine Richtigstellung und die Antwort darauf.

Zu unserem Artikel vom 3. Juni „Ernste Bilder vom Bausparen" übersendet uns die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg (GdF.) die folgende Berichtigung:

„Es ist unwahr, daß eine größere Anzahl alter Bausparer, die auf 18 bis 20 Proz. zu schätzen seien, ihre Verträge rückgängig gemacht habe, weil eine Vertrauenskrise unter den Bausparern bestehe; wahr ist vielmehr, daß die GdF. ihren Bausparerbestand durch Abstoßung einer größeren Anzahl nach ihrer Ansicht aussichtsloser und die Verwaltung seit Jahren nutzlos belastender Verträge bereinigt hat, und daß die Zahl dieser durch vertragliche Einigung aufgelösten Verträge nicht entfernt den genannten Prozentsatz erreicht. Unwahr ist, daß 7547 Bausparer seit 1924/25 auf die Zuteilung ihres Baugeldes warten; wahr ist, daß von 7547 Bausparern von 1924/25 rund 6000 die vertragliche Bedingung für den Anspruch auf Teilnahme an den Zuteilungen verfügbarer Baugelder erfüllt und davon rund 4000 ihr Baugeld, größtenteils schon vor Jahren, erhalten haben. Unwahr ist es, daß nach dem Geschäftsbericht der Betrieb einer Bausparkasse ein gutes Geschäft für ihre Gründer ist, welches in Gewinnen von über 800 000 M. (1929) unnd über 600 000 M. (1930) bestehe; wahr ist vielmehr, daß bei der GdF. weder an die Gründer noch an irgendwelche sonstigen Personen die geschäftsplan- oder buchmäßigen Ueberschüsse verteilt werden, daß niemandem ein derartiger Anspruch zusteht, sondern daß solche Ueberschüsse ausschließlich der Abwicklung des Bauspargeschäfts durch Zuteilung von Baugeldern an die Bausparer zugeführt werden, was durch ihren Vortrag in voller Höhe auf jeweilige neue Jahresrechnung kontrollierbar ist."

Wir erwidern darauf:

Die GdF. setzt ihre Methoden der Verschleierung tatsächlicher Verhältnisse, die den kritisierten Geschäftsbericht und ihre Werbeschriften kennzeichnen, fort. Wie auch das „Berliner Tageblatt" und andere Zeitungen feststellten, erschwerte der Geschäftsbericht 1930 die Beurteilung ihrer Entwicklung im Vergleich zu den Vorjahren dadurch, daß die Zahlen für das am 1. Januar 1931 abgetrennte österreichische Geschäft nicht mehr mitgenannt wurden. Auf diese Weise wurde die rückläufige Bewegung des Bestandes an Bausparverträgen im verflossenen Jahre verdeckt.

Wenn trotz eines Zuwachses von 7503 neu im Jahre 1930 angeworbenen reichsdeutschen Bausparern die Anzahl der GdF.-Sparer in Deutschland und Oesterreich vom 31. Mai 1930 bis 31. Dezember 1930 — wie man zwar nicht aus dem Geschäftsbericht, sondern aus Statistiken der Deutschen Bau- und Bodenbank erfährt — von 58 771 auf 57 600, also um 1171, zurückgegangen ist, so liegen mindestens 8674 Vertragsaufhebungen vor. Bei 45 491 reichsdeutschen Bausparern läßt sich damit abschätzen, daß 18 bis 20 Proz. der alten Verträge rückgängig gemacht wurden. Sollte die GdF. die Berechtigung dieser Schätzung bestreiten können, so braucht sie nur die wirklichen genauen Ziffern zu nennen und Farbe bekennen. Das geschieht jedoch in der „Berichtigung" nicht.

Ob die Verträge im einzelnen formell von der Gesellschaft oder dem Bausparer gelöst wurden, nachdem die Einstellung der Ratenzahlungen das geschwundene Vertrauen auf baldige Zuteilung oder die zu starke finanzielle Belastung durch den Bausparvertrag demonstriert hatte, ist unerheblich. Ihre vorderhand abschlägig beschiedenen Wünsche nach Hauszinssteuermitteln soll die GdF. u. a. mit der wachsenden Ungeduld ihrer Sparer begründet haben.

Der Berichtigung ist zu entnehmen, daß entgegen meinen Schlußfolgerungen aus den kargen Statistiken der GdF. nicht 7547, sondern rund 3500 Sparer, darunter rund 2000, die alle vertraglichen Voraussetzungen erfüllt haben, seit 1924/25 vergeblich auf die Zuteilung des gewünschten Eigenheimkredits warten. Mit diesem Effekt dürfte keiner von den 3500 gerechnet haben, denen in den Reklameschriften erklärt worden war, daß sie „unter Umständen" schon nach einem Jahre am Ziel seien. Sie alle haben ihre Verträge unter dem Eindruck einer Propaganda abgeschlossen, von der 1927 in einer angesehenen Fachzeitschrift gesagt wurde:

„Die GdF. erweckt falsche Hoffnungen durch Uebertreibungen der Reklame, mißverständliche Darstellungen und Verschweigen ungünstiger Umstände."

Bei einem Gesellschaftskapital von nur 110 000 M. konnte die GdF. aus den Erträgnissen des Jahres 1930 in Betriebsanlagen, darunter einem großen neuen Verwaltungsgebäude, 915 000 M. investieren und ferner rund 607 000 M. den Reserven zuweisen. (Es heißt also Mißverständnisse fördern, wenn in mustergültigem Deutsch erklärt wird, daß die Ueberschüsse „ausschließlich der Abwicklung des Bauspargeschäfts durch Zuteilung von Baugeldern an die Bausparer zugeführt werden".) Bilanzmäßig erkennbar sind damit Ueberschüsse von über 1½ Millionen Mark, zu denen noch Abschreibungen in Höhe von rund 145 000 M. kommen.

Ob die Gewinne im Betrieb bleiben oder an die Gesellschaft ausgeschüttet werden, ist für die Sparer, die mit „Unkostenbeiträgen" und mit Zinsverlusten die Zeche bezahlen müssen, unwichtig. Jedenfalls sind Jahresgewinne in nahezu 15facher Höhe des Gesellschaftskapitals schlechterdings nicht mit dem Prädikat „gemeinnützig" vereinbar.

Dr. Brockschmidt.

Undurchsichtige Bilanz.

Lindström verteilt 12 Prozent Dividende.

Geschäftsbericht und Bilanz der Carl Lindström A.-G., Berlin, geben nur mäßigen Aufschluß über den Verlauf des Geschäftsjahres 1930. Zwar ermäßigt dieses zum Londoner Columbia-Konzern gehörige Schallplatten-Unternehmen die Dividende auf das 7-Mill.-Mark-Kapital von 20 auf den immer noch respektablen Satz von 12 Proz. Ob aber wirklich Gewinnrückgang dafür maßgebend war, läßt sich nicht entscheiden.

Der Umsatz des Jahres 1929 (etwa 45 bis 50 Mill. Mark) ist nach dem Geschäftsbericht im Jahre 1930 nicht erreicht worden. Der ausgewiesene Brutto-Ueberschuß ist sehr stark, von 8,54 auf 5,72 Mill. Mark zurückgegangen. Die Handlungs-Unkosten sind um mehr als eine Million auf 4,5 Mill. Mark gesunken. Die Abschreibungen wurden auf ein Fünftel, von 1,1 auf 0,2 Mill. M. ermäßigt, das beste Zeichen, wie stark sie in den früheren Jahren überhöht waren.

Daß die Bilanz immer noch außerordentliche stille Reserven enthält, geht schon daraus hervor, daß so wichtige Aktivposten wie Maschinen, Modelle, Patente, auch die besonders wertvollen Matrizen (Schallplatten-Formen) bis auf eine Mark abgeschrieben sind. Der Wert des Warenlages wurde weiter verringert, von 3,1 auf 2,2 Mill. Mark, „bei vorsichtiger Bewertung" (Geschäftsbericht)! Auf der Passivseite erscheinen neben offenen Reserven (eine Mill. Mark) Gläubiger und Rückstellungen wieder in einem Posten, mit 9,34 gegen 15,96 Mill. Mark. Was davon Gläubiger, was Rückstellungen sind, darf man raten. Dem Rückgang dieses Passivpostens entsprechen Rückgänge unter den Aktiven bei Bankguthaben und Forderungen.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 17. 6.
Staats-Oper Unter d. Linden
289. A.-V.
19¾ Uhr
Schwanda, der Dudelsackpfeifer
Ende 21¾ Uhr

Mittwoch, 17. 6.
Städt. Oper Bismarckstr
Turnus III
19½ Uhr
Aida
Ende n. 22½ Uhr

Staats-Oper Am Platz der Republik
V.-B.
20 Uhr
Perichole
Geschl. Kartenverkauf
Ende 22¾ Uhr

Staatl. Schausph. Am Gendarmenmarkt
248. A.-V.
20 Uhr
Cecil Rhodes
Ende n. 22½ Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlbg.
20 Uhr
Haus Herzenstod
Ende gegen 22¾ Uhr

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Kirchweih am Tegernsee
Rebla — Kemble — Boots
Krehan, Tucher & Co. usw.

Volksbühne Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Lumpazivagabundus

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Haus Herzenstod

Staatsoper Am Pl. d. Republik
8 Uhr
Perichole

SCALA
Tägl. 8 und 8½ U.
Edmund Fritz' Singing Babies
Max Wynn u. Buddy.
10 Debüts usw.

PLAZA
Tägl. 5 u. 8½
Sonnt. 2, 5 u. 8½
Des Riesenerfolges wegen kurze Zeit verlängert!
Viktoria und ihr Husar

Rose-Garten
das beliebteste Sommertheater
3 Programme:
I. Großer Konzertteil
II. 8 sensation. Varieté-Nummern
III. Operette.
„Der Hutmacher Sr. Durchlaucht"
Gr. Operette von Josef Snaga
Wochentags 5.30 U., Sonntags 5 U.
Wochent. Kaffeekochen an gedeckten Tischen
Preise: 0.60—2.00 M.

ROSE THEATER
Guido Thielscher in
„Der wahre Jakob"
Sonntag: 5¾ u. 9 Uhr, Wochentags 8¼ Uhr.
Bereits 17 Vorstellung. u. 17 ausverkaufte Häuser!
Nur noch bis 25. Juni
Des ungewöhnlichen Erfolges wegen: Sonntag, 21. Juni, 3 Vorstlg.: 2½ 5¾ 9.00 Uhr.
Preise 0.50 bis 3.- M.
Gr. Frankfurter Str. 132, U-Bahn: Strausberger Pl. Sie kaufen am besten im 8tägigen Vorverkauf: 11-1 und 4-9 Uhr. Tel. Bestellungen ununterbr. unter E7 Weichsel 3422.

Komische Oper Friedrichstr. 104
8¼ Uhr
Frauen haben das gern . . .
Musikal. Schwank von Arnold
Musik v. Walt. Kollo
Sommerpr. 0.50-7.00

— Elite-Sänger — Kottbusser Str. 6
Tägl. 8¼ U.
Die große Ausstattungs-Revue Posse
Laßt schöne Frauen um mich sein!
von Harry Walden

Lessing-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Zum goldenen Anker
Valetti, Horney, Elsholtz, Behner, Stössel, Faber, Walter.

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Die Toni aus Wien
Mady Christians, Michael Bohnen

Haus Vaterland Potsdamer Platz
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr
Stettiner Sänger
Wiederauftreten Paul Brittner
Zum Schluß der Schwank
„Alles verrückt!"

Rennen Grunewald
Heute 17. Juni, 3³⁰ U.
Heyden-Linden-Jagdrenn.

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
Täglich 8¼ Uhr
Heute zum 50. Male:
Dienst am Kunden
von Carl Behr und Max Hansen
Regie: Hans Deppe

Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 449
8 Uhr
Die schöne Helena
von Jacques Offenbach
Regie: Max Reinhardt

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr als Spezialität
Conrad Müller Leipzig-Schkeuditz

L. Juergens Alexanderplatz Neue Königstr.

Pumpen, Röhren, Filter Ersatzteile, Preisliste gratis
Koblank & Co. Pumpenfabrik
BERLIN N 65, Reinickendorfer Str. 95

Bekanntmachung

Nachversteuerung von Zucker

Mit Wirkung vom 16. Juni 1931 ab wird die Zuckersteuer auf den doppelten Steuersatz erhöht. Zucker, der sich am 16. Juni 1931 im freien Verkehr, d. h. außerhalb eines Herstellungsbetriebes, eines Ausfuhrlagers oder eines Zollagers befindet, unterliegt einer Nachsteuer in Höhe des bis zum 15. Juni 1931 geltenden Steuersatzes. Mengen bis zu 100 kg Eigengewicht bleiben von der Nachsteuer frei. Befinden sich mehr als 100 kg in dem Besitz eines Nachsteuerpflichtigen, so ist der gesamte bei ihm vorhandene Vorrat nachzuversteuern. Die Anmeldung von Zucker zur Nachsteuer hat **bis zum 23. Juni 1931** zu erfolgen. Vordrucke für die Anmeldung werden von den zuständigen Zahlstellen unentgeltlich abgegeben.

Berlin, den 13. Juni 1931.

Der Präsident des Landesfinanzamts Berlin

Nach kurzem, schwerem Krankenlager verschied Sonnabend, den 13. Juni, im Alter von 47 Jahren, unsere liebe Mitarbeiterin und Kollegin, die Anlegerin

Bertha Prause

Durch ihr schlichtes, freundliches Wesen und kollegiales Verhalten, erwarb sich die liebe Verstorbene die Sympathie und Wertschätzung aller ihrer Mitarbeiter.

Trauernd werden wir ihrer stets gedenken.

Berlin, 17. Juni 1931.

Geschäftsleitung und Personal der Vorwärts-Buchdruckerei

Einäscherung: Donnerstag, den 18. Juni, 19 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

„Naturfreundehaus" e. G. m. b. H.

Aktiva. **Bilanz per 31. Dezember 1930.** Passiva.

Aktiva	RM	Passiva	RM
Kassenbestand	67,23	Darlehen	5 069,45
Grund u. Boden Luchhütte	2 400,—	Transiten	124,—
Grund u. Boden Deep	870,—	**Vermögen**	
Bau Luchhütte	3 438,01	Mitgliederguthaben	1 796,—
Wohnschiff Kremmen	614,08	Reservefonds	367,80
Bootshaus Kremmen	1 242,90	Hilfsreservefonds	1 507,96
Inventar Luchhütte	1 009,82	Reingewinn	850,42
Bau Deep	27,17		
	9 244,63		9 244,63

Gewinn- und Verlustrechnung.

	RM		RM
Unkosten	1,72	Hüttenertrag	1 227,86
Abschreibungen	336,82		
Reserven	38,90		
Reingewinn	850,42		
	1 227,86		1 227,86

Mitgliederbewegung.

	Mitglieder	Anteile
Bestand am 1. Januar 1930	69	84
Zugang per 1930	5	3
	74	87
Abgang per 1930		
Bestand am 31. Dezember 1930	74	87

Haftsumme: 1740 RM.

Der Vorstand: gez. W. Bulan. Der Aufsichtsrat: gez. Johannes Dreßler.

Die diesjährige Generalversammlung hat beschlossen: „Die am 19. März 1931 zur Generalversammlung erschienenen Mitglieder der „Naturfreundehaus" EGmbH. beschließen, die Genossenschaft aufzulösen. Die Vermögensteile werden satzungsgemäß der Zentrale des Touristenvereins „Die Naturfreunde" überwiesen."

Ferner: „Die für den 16. April 1931 satzungsgemäß einberufene zweite Generalversammlung bestätigt den Beschluß der Generalversammlung vom 19. März 1931 auf Auflösung der „Naturfreundehaus" EGmbH."

Beide Beschlüsse wurden einstimmig angenommen. Die Liquidation erfolgt durch den bisherigen Vorstand.

Für die Liquidatoren: gez. W. Bulan.

Wiener Damen-Frisier-Salon

Vorzeiger erhält 10 Prozent

Frisier. 0.80 Wasserwellen 1.50

Montag b. Freitag ermäßigte Preise.

Ausschneiden!

Bitte die Straße und Hausnummer zu beachten!

Berlin SW 19, Roßstr. 19-20 Ecke Schornsteinfegergasse

DAUERWELLEN machen zu lassen ist Vertrauenssache, wir besitzen Fachkenntnisse und die denkbar besten Apparate, keine Negerkrause, sondern in **Wasserwellen** gelegte Prachtwellen nach Wunsch und kostet in garantiert guter Ausführung ohne jegliche Nachzahlung bis 24 Wickler **9.50 Mark**

Gewinnauszug

3. Klasse 37. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag — 16. Juni 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 57089 332660
10 Gewinne zu 3000 M. 202331 274648 277489 335875 369206
8 Gewinne zu 2000 M. 141996 286777 304558 356213
28 Gewinne zu 1000 M. 22278 28814 30233 64003 126605 129254 143768 197879 264364 281281 308063 354380 367998 398238
46 Gewinne zu 800 M. 38889 39521 60834 62736 103322 116252 131327 156041 228303 252883 258679 271189 276987 281970 302118 302806 308378 309482 337967 346616 347525 388889 393367
50 Gewinne zu 500 M. 7028 20704 27283 46218 73980 81183 88961 116750 148726 164208 165030 200328 225834 238719 240466 243865 261816 266905 277838 311865 315037 319165 327954 367534 392971

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 227109
4 Gewinne zu 5000 M. 99548 391594
4 Gewinne zu 3000 M. 89802 146873
10 Gewinne zu 2000 M. 53613 129764 188434 253048 346128
18 Gewinne zu 1000 M. 60497 78277 89737 111178 163149 225634 324586 365531 374682
26 Gewinne zu 800 M. 6717 18452 128330 131474 143433 145416 149000 272009 297838 318065 334975 335405 378830
52 Gewinne zu 500 M. 20445 28365 31415 104871 112968 116397 117350 128403 141008 141965 143004 161062 183379 215494 224243 263205 267823 293063 296922 312064 320734 332490 358601 372536 382379 399617

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 25 Pfennig, Textwort 12 Pfennig
Wiederholungsrabatt: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz. / Stellengesuche: Überschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf. / Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 4½ Uhr nachm. im Verlag, Lindenstr. 3, oder auch in sämtl. Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen abgegeben sein

Verkäufe

Kochherde! eiserne, Gas, Kohle jeder Art. Badeeinrichtung. Teilzahlung. Waschkessel. Oefen aller Art. Die alte Spezialfirma Semmler u. Blenberg A.-G., Dresdenerstr. 98/100

Teppichhaus Emil Lefèvre, Berlin, seit 49 Jahren nur Oranienstraße 158. Zahlungserleichterung ohne Aufschlag. Spezialkatalog kostenfrei. •

Möbel

Patentmatratzen „Prima-Prima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues Walter, Stargarderstraße achtzehn. Reingaben

Herrenzimmer 390,—, Klubtische 16.50. Riesenauswahl. Teilzahlung. Kamerling, Kaiserallee 56.

Achtung, Kaffeekäufer! Kaffeeschränke, 180 breit, mit Spiegel 115,—, jede Größe. Riesenauswahl. Schlafzimmer, 180 breit, alles rund, komplett 450,—. Speisezimmer, hochelegant, Eiche mit Nußbaum, komplett 380,—. Möbelhaus Brinsen, Straße 64 und Dresdenerstraße 48. •

Musik-Instrumente

Kleinpianos, Mietpianos überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 25. •

Riesenlager. Bechsteinpianos, Blüthnerpianos, Ibachpianos, Schwechtenpianos, Mietpianos, Dunkelpianos, Salonpianos 175,—, 275,— an. Markenflügel 490,— an, gebrauchte. Abendroth, Potsdamerstraße 74. •

Radio

Anoden, Neunziger 4,—, Hunderter 4,50, Sparröhren 2,—. Schönleinstraße 2. •

Fahrräder

Gebrauchte Fahrräder, 15,—, 20,— 25,—, 30,—. Machnow, Weinmeisterstr. 14.

Ballonreifen, Ballonreifen-, Ballondamen-Maschinen 58,—, 65,—, 75,—. Original-Brennabor-Ballonräder 85,—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Fahrraddecken 2,—, Schläuche 0,80, Pedalen 1,50, Vorderräder 3,50, Reparaturen billigst. Schönleinstraße 2. •

Nähmaschinen

Sitzeuer Nähmaschinen für Haushalt und alle Gewerbe. Preisabbau. Rundschiffchen 160,—, Versenkbare 180,— und 210,—, Schrank, hochelegant, 360,—. Bei Teilzahlung günstigste Bedingungen. Auch gebrauchte Maschinen außerordentlich preiswert. Friedenstraße 14; Höchststraße 39; Landsbergerstraße 28; Große Frankfurter Straße 30; Wal-Steinstraße 21; Mehlstraße 16. Weitere Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 29, Haltestelle Adalbertstraße.

Glühstrumpfasche kauft Wilmel, Elsässerstraße 25a, v. 11

Kur-, Erholungsaufenthalt

Gastwirtschaft Beerenbusch. Dabei in Mecklenburg, herrlich an Wald und Wasser gelegen, nimmt Sommergäste auf. Voller Pensionspreis pro Tag 4 Mark. •

Erholungsuchenden empfiehlt sich Gaststätte Beerenbusch. Ludwig Hofmann, Beerenbrück (Spree), erste Station hinter Fürstenwalde (Spree). Frankfurt (Oder). Von Fürstenwalde 1 Stunde Fußweg. Herrliche Waldung. Badestrand, Rudern, Angeln. Gute Verpflegung, 3.75 und 4 Mark täglich. Fernsprecher 13. •

Vermietungen

Wohnungen

Neubauwohnung, 2½ Zimmer mit Zentralheizung, Warmwasser, mechanischer Waschküche. Miete 78,— bzw. 82,— Mark ausschließlich Heizung und Warmwasser zum 1. Juli oder später zu vermieten. Vermietungsbüro: Tempelhof, Albrechtstr. 27, wochentags 3 bis 7 Uhr, Sonntags 12 bis 6 Uhr. Gemeinnützige Bauernossenschaft „Vaterland", Berlin-Friedrichsfelde, Dolbrückstraße 17, Telephon: Lichtenberg 1865. •

Neubauwohnung, 2½ Zimmer, Bad, Loggia, 83,—, sofort. „Vaterland", Friedrichsfelde, Dolbrückstraße 17. •